

Mittwoch 55 Pf., Samstag 1,00 M.
im voraus zahlbar, Vollbetrag 4,25 M.
einschl. Bestellgeld, Anzeigenbezahlung
1/2 — 1/3 pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Witz in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
26. Juni 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvention
50 Pfennig, Restante 5.— Reichs-
markt, „Klein-Anzeigen“ das letzte
gebrachte Wort, jedes weitere Wort
12 Pfennig, Zeitungspreise das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 50 Pfennig, Familienanzeigen für
Kommunen Seite 40 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Einber-
gung 3, wochentags von 8^{1/2}, bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föhnhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Das werdende Kabinett.

Ohne koalitionsmäßige Bindung.

Das Telegramm Stresemanns an Hermann Müller, in dem der bisherige Außenminister seine Bereitschaft erklärt, einem Kabinett ohne koalitionsmäßige Bindung anzugehören, hat der Regierungsfrage eine neue Wendung gegeben. Gegen das Verbleiben Stresemanns und des Wirtschaftsministers Curtius in ihren Ämtern gab es ja weder bei der Sozialdemokratie noch beim Zentrum noch bei den Demokraten Widerstand. Schwierigkeiten wurden geschaffen durch die umständlichen Verhandlungen, die vom Zentrum und der Volkspartei veranlaßt worden waren und durch die Haltung, die die Volkspartei bei ihnen eingenommen hatte. Jetzt soll die Regelung der Streitfragen in das Kabinett selbst verlegt werden, und so sind es nur die Personenfragen, die noch zu regeln sind.

Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge dürfte die Zusammensetzung des kommenden Kabinetts wenigstens zum Teil jetzt schon feststehen. Und zwar ist mit folgenden Ministern zu rechnen:

- Reichskanzler: H. Müller (Soj.)
- Inneres: Severing (Soj.)
- Finanz: Hilferding (Soj.)
- Auswärtiges: Stresemann (D.Vp.)
- Wirtschaft: Curtius (D.Vp.)
- Reichswehr: Groener (—)
- Post: Schäkel (D.Vp.)

Das sind sieben der zwölf zu besetzenden Ministerien. Noch nicht geklärt ist die Besetzung der restlichen fünf. Das Zentrum hatte gestern eine Fraktions Sitzung, in der die gegebenen Möglichkeiten für die noch unbesetzten Ressorts besprochen wurden. Es wurde für das Arbeitsministerium wiederum Brauns genannt, während andere lieber das Ernährungsministerium übernehmen und mit — — Hermes besetzen möchten!! Für die besetzten Gebiete galt schon längst Herr v. Guérard als der gegebene Mann, BIRTH bliebe, auch wenn er das Verkehrsministerium übernehmen würde, doch ein positiver Minister.

Eigentliche Beschlüsse wurden, wie wir hören, nicht gefaßt, man will sich heute mit Hermann Müller über die Personenfrage einigen. Dem Wesen einer Regierung ohne koalitionsmäßige Bindung und, nebenbei gesagt, auch der politischen Verunstaltung entpöche es nicht, wenn eine Fraktion dem Reichskanzler die Minister stellen würde, mit denen er dann zu arbeiten genötigt ist. Dieser Fehler, der bei früheren Regierungsbildungen oft gemacht worden ist, soll diesmal vermieden werden.

Für den Fall, daß Herr Hermes nicht Ernährungsminister wird, gilt als nächster Anwärter für diesen Posten der Demokrat Dietrich-Baden.

Die Sozialdemokratie hält mit der Reichskanzlei, dem Inneren und den Finanzen drei sehr wichtige Positionen, zu denen sich noch die eine oder die andere hinzugesellen wird. So wie sich die Dinge am Montagabend darstellten, dürfte

das Justizministerium in erster Linie dafür in Betracht kommen.

Sachlich wäre schließlich noch mitzuteilen, daß das neue Kabinett die Einrichtung einer Vizekanzlerschaft nicht kennen wird. Der Reichskanzler wird im Behinderungsfall vom dienstältesten Minister — das wäre voraussichtlich Brauns — vertreten werden.

Im Reichstag rechnete man gestern damit, daß das Kabinett noch am heutigen Tage fertig werden könnte, so daß die Ernennung des Reichskanzlers und der Minister etwa für Mittwoch zu erwarten wäre. Das neue Kabinett wird dann den Rest der Woche dazu benützen, sich über die Regierungserklärung und die zunächst einzubringenden Vorlagen schlüssig zu werden. An eine Einberufung des Reichstages noch in dieser Woche ist um so weniger zu denken, als der Freitag, der Peter- und Paulstag, ein katholischer Feiertag ist. Voraussichtlich wird sich die neue Regierung also am Montag, dem 2. Juli, dem Reichstag vorstellen, der nach einer nicht allzulangen Hochsommertagung in die Ferien gehen wird. Die entscheidenden Proben seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit wird das neue Kabinett wohl erst im kommenden Herbst und Winter abzulegen haben.

Die Entscheidung des Zentrums.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums hat seine Beratungen zum Abschluß gebracht. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Aussprache hatte von vornherein den Charakter einer gutachtlichen Beratung für die Reichstagsfraktion des Zentrums. Die abschließenden Verhandlungen des Parteivorstandes bestätigten, daß dieser der Auffassung ist, daß es besser sei, von der Schöpfung der Weimarer Koalition Abstand zu nehmen, dafür aber ein Kabinett aus führenden Persönlichkeiten zu bilden. Von dieser Auffassung des Parteivorstandes wurde der Reichstagsfraktion des Zentrums Kenntnis gegeben.

Die Zentrumskanzler des Reichstages hat sich am Montagabend mit der Regierungsbildung beschäftigt und beschlossen, grundsätzlich den für die Kabinettsbildung vorgesehenen Mitgliedern der Fraktion die Genehmigung zum Eintritt in die Reichsregierung zu geben. Die Entscheidung über die Personenfrage wurde bis Dienstag vormittag 11 Uhr zurückgestellt. Voraussichtlich wird der Abgeordnete Dr. BIRTH das Verkehrsministerium und der Abgeordnete Guérard das Ministerium für die besetzten Gebiete übernehmen. Das anfänglich vorgesehene Amt eines Vizekanzlers wird nicht geschaffen.

Strittig ist nun im Zentrum, ob man sich als drittes Ministerium für das Reichsarbeitsministerium oder das Reichsernährungsministerium entscheiden soll. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften in der Zentrumskanzlerfraktion opponieren äußerst stark gegen die Beibehaltung des Reichsarbeitsministeriums. Außer sachlichen Gründen sprechen auch persönliche Motive bei dieser Haltung mit. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum auf das Reichsarbeitsministerium verzichtet und dafür das Reichsernährungsministerium übernimmt.

Der Reichspräsident hat Hermann Müller-Franken bitten lassen, ihn bis Dienstagabend 7 Uhr über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten und ihm möglichst eine endgültige Ministerliste vorzulegen.

formliche Festlegung der Partei und ihrer Unterhändler, dem Bauernbund unter keinen Umständen mehr das Landwirtschaftsministerium zu überlassen. Darüber entspann sich eine außerordentlich erregte Debatte, die damit endete, daß die Leute vom Christlichen Bauernverein bei der namentlichen Abstimmung in der Rinderheide blieben. Der Landesausschuß begnügte sich also lediglich mit dem Wunsch, dem Bauernbund das Landwirtschaftsministerium abzunehmen. Heim gultierte seine Niederlage damit, daß er und seine Leute vom Christlichen Bauernverein sofort nach der Abstimmung die Sitzung demonstrativ verließen.

Mit der sogenannten Besetzung des Landwirtschaftsministeriums vom Bauernbund verbindet die Bayerische Volkspartei im übrigen die Spekulation dieses Ministeriums den Deutschnationalen anzubieten, die in ihren Reihen einen Landbundesführer von besonderem politischen Ehrgeiz besitzen. Da den Deutschnationalen bei ihrer Fraktionsstärke von 13 Mann nach wie vor aber nur ein einziges Ministerium zukommt, hofft die Bayerische Volkspartei, bei dieser Gelegenheit den immer unmöglicher werdenden Justizminister Gürtner endlich loszuwerden. Man weiß, daß die Deutschnationalen sich bisher jeder Erörterung einer Koalition Gürtners widersetzt haben. Nach der Behauptung eines deutschnationalen Blattes lehnen sie allerdings auch jetzt jede Diskussion in dieser Richtung ab. Die Bayerische Volkspartei sieht sich also schwierigen Koalitionsverhandlungen gegenüber.

Der Verzicht auf den Krieg.

Der Nie-wieder-Krieg-Vertrag fertig. — Amerika zwingt vierzehn Staaten zur Entscheidung.

Anfang April hatten die Vereinigten Staaten die Verhandlungen mit Frankreich über einen allgemeinen Antikriegspakt abgebrochen und sich an die vier anderen Hauptmächte mit dem Vorschlag gewandt, auf den Krieg ohne Vorbehalt zu verzichten. Die Antworten Deutschlands, Italiens, Japans und Englands lauteten zustimmend. Nach wochenlanger Aussprache mit Frankreich haben dann am Sonnabend die Vereinigten Staaten den endgültigen Vertragsentwurf von neuem überreicht. Es wäre politisch wenig zweckmäßig und sachlich nicht zutreffend, wenn man behaupten wollte, daß Amerika auf Frankreichs Sonderwünsche gar nicht eingegangen wäre. Fest ist Amerika freilich in der Hauptsache geblieben: es hat an dem klaren, knappen und endgültigen Wortlaut der zwei Artikel dieses Friedensvertrages nicht rütteln lassen: noch immer heißt es so, wie Briand es Amerika selber vorgeschlagen hatte, daß die Vertragsstaaten hinfort auf den Krieg untereinander verzichten und ihre Streitigkeiten nur auf friedliche Weise austragen wollen.

Hingegen ist Amerika Frankreich — allerdings nicht nur Frankreich — dadurch entgegengekommen, daß es den Kreis der Staaten, die dem Vertrag sofort und gleichzeitig beitreten können, weiter gezogen hat: auch Belgien, Polen und Tschechoslowakei — die Verbündeten Frankreichs — sollen sofort dem Vertrag beitreten dürfen; etwas ähnliches gilt auch für England, dessen Dominien — auch Indien! — gleichzeitig mit dem Mutterlande beitreten sollen. Frankreichs Einwände ist außerdem dadurch Rechnung getragen, daß in der Einleitung ausdrücklich die Selbstverständlichkeit erwähnt wird, daß der Vertrag außer Kraft tritt gegenüber einem Staate, der ihn bricht: schreitet, um ein Beispiel zu geben, das faschistische Italien gegen Südslawien zum Kriege, so wird Frankreich ohne weiteres das Recht erhalten, Südslawien gegen Italien zu verteidigen. Den sachlich berechtigten Einwänden der französischen Politik hat damit Amerika vollauf Genüge getan.

Die Note, die die Vereinigten Staaten am Sonnabend in Berlin wie in Warschau, Prag, Brüssel, Paris, Rom und London überreichen ließ, geht ausführlich auf die einzelnen Einwände ein, die Frankreich im Laufe der letzten Monate gemacht hat. Zur Selbstverteidigung eines angegriffenen Staates wird dasselbe gesagt, was die deutsche Note vom 27. April ausführte: daß die Selbstverteidigung ein natürliches Recht eines jeden Staates sei. Es liege aber nicht, heißt es weiter:

„im Friedensinteresse, daß ein Vertrag einen juristischen Begriff der Selbstverteidigung aufstellt, da es für einen Strupeißen nur zu leicht ist, den Dingen eine solche Gestalt zu geben, daß sie mit einer vereinbarten Begriffsbestimmung im Einklang stehen.“

Was den Völkerbund angeht, so enthalte seine Satzung keineswegs die Pflicht eines Staates, eventuell zu einem Angriff zu schreiten, wenn sie ihn auch vielleicht dazu ermächtigt. Antikriegspakt und Völkerbund widersprechen daher einander nicht. Was die Locarno-Verträge angeht, so erklärt Amerika:

„Es ist offensichtlich, wenn alle an den Locarno-Verträgen Beteiligten Vertragsparteien des von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen vielseitigen Antikriegsvertrages werden, eine doppelte Sicherung dafür bestehen würde, daß die Locarno-Verträge nicht durch einen Appell an die Waffen verletzt werden. Das Ergebnis wäre in diesem Falle, daß, wenn irgendein Staat unter Verletzung der Locarno-Verträge zum Kriege schreiten würde, dies zugleich auch einen Bruch des vielseitigen Antikriegsvertrages bedeuten würde und daß infolgedessen die anderen Parteien des Antikriegsvertrages von Rechts wegen automatisch von ihren sich daraus ergebenden Verpflichtungen befreit und ungehindert sein würden, ihre Locarno-Pflichten zu erfüllen.“

Um diese sachliche Übereinstimmung zwischen dem Antikriegspakt von Locarno zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien mit dem allgemeinen Antikriegspakt Amerikas formell zu bewerkstelligen, hat Amerika eben die übrigen Locarnomächte zum sofortigen Beitritt eingeladen.

Was den Wunsch angeht, daß möglichst alle jetztigen Staaten der Welt dem Antikriegspakt beitreten, so führt die amerikanische Note aus:

„Vom praktischen Standpunkt ist es offenbar vorzuziehen, das Inkrafttreten eines Antikriegsvertrages nicht aufzuschieben, bis alle Nationen der Welt sich über den Wortlaut eines solchen Vertrages einigen und seine Ratifizierung veranlassen. Aus dem einen oder anderen Grunde könnte ein Staat, der seiner Situation nach keine Bedrohung des Weltfriedens bildet, das Inkrafttreten hinterzögern oder die Ratifikation in einer Weise verzögern, daß dadurch die Bemühungen aller anderen Mächte ergebnislos gemacht würden. Außerdem ist es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß eine Vertragsform, die für die britische, französische, deutsche, italienische und japanische Regierung ebenso wie für die Vereinigten Staaten annehmbar ist, nicht in gleicher Weise auch für die meisten, wenn nicht gar alle anderen Weltmächte an-

Koalitionswirrwarr in Bayern.

Erregte Landesausschuss-Sitzung der Bayerischen Volkspartei

München, 25. Juni. (Eigenbericht.)

In der am Sonnabend abgehaltenen Landesausschuss-Sitzung der Bayerischen Volkspartei ist es über die Frage einer nochmaligen Koalition mit dem Bauernbund zu besonders erregten Auseinandersetzungen zwischen Dr. Heim als dem Wortführer des Christlichen Bauernvereins und den offiziellen Parteiführern Hild und Wohlmut gekommen. Da der Bauernbund der schärfste und bei den Wahlen am 20. Mai auch der glücklichste Konkurrent des Christlichen Bauernvereins war, verlangte Dr. Heim scharfe Bedingungen für den Fall einer neuen Koalitionsgemeinschaft mit dem Bauernbund. Dieser Stimmung will die Bayerische Volkspartei insofern entgegenkommen, als der Bauernbund bei der Neubildung der Regierung das Landwirtschaftsministerium nicht wieder erhalten soll. In diesem Sinne lauten auch die Richtlinien für die Unterhändler der Bayerischen Volkspartei.

Das genügt aber Herrn Dr. Heim nach einem Bericht des „Bayerischen Vaterland“ nicht. Offenbar gemüht durch jahrzehntelange Erfahrungen mit seinen Parteifreunden, verlangte er eine

Die Franken-Stabilisierung.

100-Franken-Goldstücke. — Die Stabilisierung äußerlich zunächst nicht sichtbar.

Paris, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Nach allen anderen am Kriege beteiligten Ländern hat nunmehr auch Frankreich die historische Stunde der Stabilisierung geschlagen. Das Publikum wird freilich von den großen Veränderungen, die die Zeitungen am Montag früh zum Kasse fertiger haben, zunächst nicht allzuviel merken. Es wird beim Bäcker und Metzger, in der Straßenbahn und im Omnibus mit den gleichen von Hand zu Hand gehenden zerstückelten Papier Scheinen zahlen. Der einzige Unterschied ist der, daß die Fünf- und Zehn-Papierfranken, auf die die Scheine lauten, über Nacht zu Goldfranken geworden sind. Es ist allerdings nicht mehr der Goldfrank der Vorkriegszeit, der in den 14 Jahren seit Kriegsausbruch 80 Proz. seines einstigen Wertes verloren hat. Das neue Währungsgeßel trägt diesem Verlust im vollen Umfange Rechnung. Es hat den Papierfranken zur neuen Währungseinheit gemacht, und das Ministerium der Stabilisierung besteht in nichts anderem, als in

der Pflicht der Bank von Frankreich, ihre Noten künftig wieder in Gold einzulösen.

Die Stabilisierung ist fast genau wieder zu dem Kurs erfolgt, den die Bank von Frankreich seit 18 Monaten verteidigt hat. Das für die neue Währungseinheit festgesetzte Goldgewicht von 0,6555 Gramm Goldlegierung = 0,58803 Gramm Feingold entspricht dem seit Jahr und Tag von den Börsen notierten Kurs von 124,21 für das Pfund und 25,52 für den Dollar. Die Ausgabe von Hartgeld, die dem Publikum die eingetretene Veränderung vor Augen führen soll, dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen, da die Regierung befürchtet, daß die Gewohnheit namentlich der Landbevölkerung,

die Gold- und Silberstücke zu hamstern,

diese allzu schnell aus dem Verkehr verschwinden lassen könnte. Geplant ist die Prägung von 100-Franken-Stücken in Gold, die ihrem Wert nach den alten 20-Franken-Stücken entsprechen und von Silbermünzen im Wert von 10 und 20 Franken. Politisch bedeutsamer als das Währungsgeßel selbst ist der neue

Vertrag mit der Bank von Frankreich.

Dieser bestimmt vor allem, daß der Gewinn aus der Auf-

wertung der Metallbestände ausschließlich dem Staat zufällt. Diese waren bisher in der Bilanz der Bank lediglich zu ihrem Marktwert eingeleitet. Durch die Aufwertung werden sie veräußert. Der Gewinn für den Staat beläuft sich auf rund 17 Milliarden, die diesem die völlige Tilgung seiner Verbindlichkeiten gegenüber der Bank ermöglichen. Die während der Kriegs- und Nachkriegsjahre dem Staat von dem Zentralnoteninstitut gewährten Vorschüsse, die im Jahre 1926 mit 26,5 Milliarden ihr Maximum erreicht hatten, konnten in den beiden letzten Jahren durch allmähliche Tilgung auf 14 Milliarden reduziert werden. Davon waren allerdings 10 Milliarden allein durch die jüngste Konsolidierungsanleihe aufgebracht worden. Dieser Saldo von 14 Milliarden wird durch die Aufwertung völlig getilgt. Von den noch verbleibenden drei Milliarden finden zwei zur Bereinigung der übrigen Inflationsposten Verwendung; eine Milliarde bleibt zur Verfügung des Schatzamtes, das außerdem zur Befriedigung seiner laufenden Bedürfnisse einen zinsfreien Kredit in Höhe von drei Milliarden eingeräumt erhält. In der Kammerdebatte, die den ganzen Sonntag über gedauert hat, sprachen 14 Redner. Für die Sozialisten sprach Abgeordneter Binzenz Kurios, der daran erinnerte, daß die aus den Anfängen des 19. Jahrhunderts stammende französische Währung

zwei Revolutionen und den Krieg von 1870 überstanden

habe, im letzten Kriege aber völlig zusammengebrochen sei. Darin liegt wieder einmal ein Beweis dafür, daß auch für den Sieger der Krieg nicht weniger kostspielig sei als für den Besiegten. Die sozialistische Partei habe die Stabilisierung bereits seit 1920 immer und immer wieder gefordert. Sie wäre früher zu einem wesentlich günstigeren Zeitpunkt möglich gewesen, wenn man das sozialistische Programm und insbesondere die darin vorgeschlagene Vermögensschablone angenommen hätte. Der Substanzverlust, den das Land durch die Entwertung der Währung erlitten habe, sei größer und schmerzlicher als das von den Sozialisten geforderte Opfer, zumal ja in erster Linie die Schwachen betroffen würden. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb zwar für die Stabilisierung, nicht aber für die Konvention mit der Bank gestimmt.

nehmbar sein sollte. Selbst wenn das aber nicht der Fall sein sollte, würde das Inkrafttreten und die Innehaltung eines wirksamen Antikriegsvertrages durch die obenerwähnten sechs Mächte eine praktische Garantie gegen einen zweiten Weltkrieg sein. Damit allein würde der Menschheit bereits ein ungeheurer Dienst geleistet sein, und die Vereinigten Staaten sind nicht gewillt, den praktischen Erfolg des von ihnen gemachten Vorschlages aufs Spiel zu setzen, indem sie das Inkrafttreten des Vertrages von seiner vorherigen allgemeinen oder doch fast allgemeinen Annahme abhängig machen."

Im Sinne dieser Ausführungen schlägt Amerika deshalb die unveränderte Annahme seines oder vielmehr Frankreichs ursprünglichen Vorschlages vor, geht auf die geäußerten Bedenken aber durch eine Neuformulierung der Einleitung ein. Diese soll jetzt lauten:

"Tief durchdrungen von ihrer erhabenen Pflicht, die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern, in der Überzeugung, daß die Zeit gekommen ist, einen offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik auszusprechen, um die jetzt glücklicherweise zwischen ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauernd aufrechtzuerhalten,

in der Überzeugung, daß jede Veränderung in ihren gegenseitigen Beziehungen nur durch friedliche Mittel angestrebt werden und nur das Ergebnis eines friedlichen und geordneten Verfahrens sein sollte und daß jede Signatarmacht, die in Zukunft danach strebt, ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, daß sie zum Kriege schreitet, dadurch der Vorteile, die dieser Vertrag gewährt, verlustig erklärt werden sollte."

„In der Hoffnung, daß, durch ihr Beispiel ermutigt, alle anderen Nationen der Welt sich diesem im Interesse der Menschheit gelegenen Bestreben anschließen werden und durch ihren Beitritt zu diesem Vertrage, sobald er in Kraft tritt, ihre Völker an seinen segensreichen Bestimmungen teilnehmen lassen werden und daß sich so die zivilisierten Nationen der Welt in dem gemeinsamen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug ihrer nationalen Politik zusammenschließen werden."

Kommen die Vertragsmächte über die oben genannten Artikel überein,

Die amerikanische Note schließt mit der Überzeugung, daß das einfache Verfahren, daß erst 15, dann alle übrigen Nationen dem Antikriegspakt beitreten, „das Jahr hundertalte Sehnen der Menschheit nach Weltfrieden seiner praktischen Verwirklichung näher bringen wird, als das jemals bisher in der Weltgeschichte geschehen ist."

Dann folgt die entscheidende Frage, ob die deutsche Regierung bereit ist:

„mit den Vereinigten Staaten und anderen von gleichen Absichten besetzten Regierungen einen endgültigen Vertrag über den Verzicht auf den Krieg in der hiermit übermittelten Form zu zeichnen."

Diese Entscheidung kann für Deutschland mit einer klaren und vorbehaltlosen Zustimmung erfolgen. Sie ist der Sache nach bereits gefallen, als am 27. April die deutsche Regierung den damals zuerst, heute von neuem vorgelegten Entwurf „auf das wärmste begrüßt" und vorbehaltlos bejaht hat. Der amerikanische Antikriegspakt ist nur eine Verallgemeinerung des Antikriegspaktes von Locarno; und daß die übrigen Locarnomächte ihm gleich beitreten sollten, kann nur ein Grund mehr sein, ihm beizutreten.

Die begehrende Antwort an Amerika darf mit um so größerer Bereitschaft und Schnelligkeit erfolgen, als es ausgeschlossen erscheint, daß Frankreich sich auf die Dauer von diesem Vertrage fernhalten kann. Selbst wenn dem so wäre; die deutsch-französischen Beziehungen würden damit unmittelbar nicht berührt; der neue Antikriegspakt besagt im Verhältnis Deutschlands zu Frankreich nichts Neues; seit Locarno herrscht zwischen diesen beiden Nachbarstaaten ja schon der gleiche „ewige Friede", den dieser Vertrag zwischen Deutschland und anderen Mächten erst herstellen soll.

Hingegen gibt es gerade für Frankreich Gründe, warum es sich gerade seiner eigenen Bundesgenossen wegen ebenfalls dem amerikanischen Nie-wieder-Krieg-Vertrag vorbehaltlos anschließen sollte; wird er nämlich zugleich von Polen, der Tschechoslowakei und Deutschland unterzeichnet, so verwirklicht sich damit ein Stück eines Ostlocarno Nicht-friedens in dem Sinne, daß er eine Revision unhaltbarer Verhältnisse in Osteuropa ausschließt, aber in dem Sinne, daß er den Krieg als Mittel der Revision ausschließt. Der Rheinpakt nach Westen hin und die Locarnoverträge nach Osten hin unterscheiden sich ja vor allem dadurch, daß jener den Krieg zwischen den Anliegern des Rheins feierlich und formell ausschloß, während die Schiedsverträge nach Osten hin dies nicht taten. Der Beitritt Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei zum allgemeinen Antikriegspakt würde also in Richtung eines Ostlocarno liegen und Frankreich die Überwindung seiner letzten Hemmungen erleichtern.

Für Deutschland ist das ganz überragende Interesse an dem allgemeinen Nie-wieder-Krieg-Vertrag vorweg gegeben. Nehmen ihn alle Staaten an, ist jene moralische Unterstützung eingetreten, die für Frankreich und andere Staaten die Voraussetzung der materiellen Abrüstung bildet. Würden diese Staaten den Beitritt zum Antikriegspakt ablehnen, würden sie sich dem Vorwurfe aussetzen, die moralische Abrüstung zu verhindern, um die materiellen zu sabotieren. Das wäre eine auf die Dauer unhaltbare Situation. Deutschland würde daher diesen Mächten ebenso wie sich selbst den größten Dienst leisten, wenn es durch einen schnellen und vorbehaltlosen positiven Entscheid dem Nie-wieder-Krieg-Vertrag beitrete, nicht auf die Unschlüssigen wartet, sondern mit Amerika die Zögernden zum Völkerfrieden durch Völkerrecht führt.

Frankreich rückt langsam in eine Linie.

Paris, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Der neue amerikanische Vorkriegsplan wird in hiesigen diplomatischen Kreisen viel freundlicher aufgenommen, als die ziemlich frostige Reaktion der Presse es anscheinlich vermuten ließ. Offenbar besteht im französischen Außenministerium die Einsicht, daß Frankreich sich bei weiterer Zurückhaltung auf einen gefährlichen Weg der Isolierung begeben würde. Demgegenüber neigt man dazu, die erhaltenen Konzessionen als befriedigend anzusehen. Wie verläuft, wird besonders die Versicherung des „Rechts der legitimen Verteidigung" als Punkt der Verhandlungen gewertet; nicht weniger Gewichtung herrscht über die gleichzeitige Überreichung der Note in den Hauptstädten der Alliierten Frankreichs. Jedoch betrachtet der Quai d'Orsay den letzten Vorkriegsplan vorerst noch als bloße Verhandlungsgrundlage.

Bolz regiert.

Ein neuer Präsident der Württembergischen Landesversicherungsanstalt.

Stuttgart, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Die Regierung Bolz hat ihre erste Tat vollbracht. Reichs- und Landtagsabg. Joseph Andre, der auf dem linken Flügel der Reichstagsfraktion des Zentrums stand, ist zum Präsidenten der Württembergischen Landesversicherungsanstalt ernannt worden.

Die Ernennung hat ihre Hintergründe. Bolz-Jungen behaupten nämlich, sie sei erfolgt, um Andre zur Aufgabe seines Reichstagsmandats zu veranlassen und den durchgefallenen Zentrumskandidaten Groß, Verhandlungsführer des Württembergischen Eisenbahnerverbandes und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes in Württemberg, an seiner Stelle doch noch in den Reichstag zu bringen.

Bei der Auffstellung der Zentrumskandidaten in Württemberg war nämlich vereinbart worden, daß der Reichstagsabgeordnete und Innenminister Bolz sein Reichstagsmandat niederlegen solle, wenn er wieder zum Minister berufen würde. Herr Bolz ist nun inzwischen nicht nur Minister, sondern auch Staatspräsident geworden. Auf sein Reichstagsmandat hat er aber trotzdem nicht verzichtet, offenbar, weil er sein Thronchen heute eben wackeln läßt. Eingeweihte wollen wissen, daß er späterhin im Herbst den Zusammenbruch der Herrlichkeit befürchtet.

Für Kirche und Pops.

Stuttgart, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Amlich wird gemeldet: Frau Staatspräsidentin Bolz ist in Anerkennung ihrer Verdienste um die katholische Frauenbewegung in Württemberg von Papst Pius XI. das Ehrenkreuz „Pro Ecclesia et Pontifice" (Für Kirche und Pops. Num. d. Red.) verliehen worden. Die „Schwäbische Tagwacht", das sozialdemokratische Parteiorgan in Stuttgart, bemerkt dazu ironisch: „Die Frau Staatspräsidentin hat sich jedoch auf dem Gebiete der Politik und dem der Keinerhaltung der Kunst Verdienste erworben, die, so hoffen wir, in Bälde gleichfalls ihre Belohnung finden werden."

Die freie Meinungsäußerung . . .

. . . ist für Rechtsanwälte aufgehoben.

Man schreibe uns:

Die Ehrengleichheit für Rechtsanwälte schlägt in den letzten Jahren immer bedenklichere Bahnen ein. Sozialistische Rechtsanwälte, die in der Presse und in Versammlungen an der Justiz Kritik übten, hatten sich wiederholt vor den für Rechtsanwälte zuständigen Ehrengerichten zu verantworten. So auch vor einigen Tagen der sozialdemokratische Anwalt Dr. Castein-Breslau vor dem Ehrengerichtshof in Leipzig. Er hatte von einem durchaus glaubwürdigen Schöffen die Nachricht erhalten, daß bei der Beratung eines Breslauer Schöffengerichts die beiden Schöffen sich für die Freisprechung ausgesprochen hätten und nur die beiden Richter verurteilen wollten, ferner daß der Vorsitzende trotz der fehlenden Mehrheit ein auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus lautendes Urteil verhängt hätte. Castein hatte diese Mitteilung auch in einer Zuschrift durch die „Börsche Zeitung" der Öffentlichkeit weitergegeben und daran einige kritische Bemerkungen geknüpft.

Außerdem hatte er in einer Breslauer Volksversammlung gesprochen, in welcher die Empörung der Arbeiterklasse darüber zum Ausdruck kam, daß ein Stabschefmann einen Reichsbannermann erschossen hätte. Das Schwurgericht hatte „festgestellt", daß der Stabschefmann nur in der „Notwehr" von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hatte.

In jener Versammlung hatte der Breslauer Richterverein zwei Richter gefordert (!), die ein Stenogramm über die von Castein ohne Manuskript völlig freigelegte Rede aufgenommen hätten. In der Rede sollte Castein den Richtern zu scharfe Vorwürfe gemacht haben.

Sowohl in dem Zeitungsartikel wie in dem Vortrag sind die Sozialdemokraten eine außerordentliche Verteilung der Pflichten

eines Rechtsanwalts. Die Staatsanwaltschaft behauptete, Castein habe sich der Achtung eines Rechtsanwalts nicht würdig gezeigt und der Rechtsanwalt Reumann beantragte vor dem Ehrengericht die Beurteilung zu einem Beweise und zu 300 Mark Geldstrafe.

Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin machte als Verteidiger Casteins geltend, daß die Meinungsfreiheit der Rechtsanwälte geschützt werde, wenn man einen Rechtsanwalt ehrengerichtlich bestraft, der in einer Zeitung oder in einer Versammlung an der Justiz Kritik übe.

Trotzdem gelangte der Ehrengerichtshof zu einer Beurteilung Casteins, wenn auch nur zum Ausdruck eines Beweises. Das Urteil zeigt wieder einmal, wie reformbedürftig die ganze Ehrengleichheit für Rechtsanwälte ist. Was wird aus dem durch die Befreiung garantierten Recht der freien Meinungsäußerung, wenn Gerichte einen Anwalt bestrafen können, der von diesem Recht Gebrauch macht, ohne die Grenzen des Strafgesetzes zu überschreiten?

Sachsen und Thüringen.

Jenaer Professoren für Öffentlichkeit der Verhandlungen.

Jena, 25. Juni.

Zu den Verhandlungen zwischen Thüringen und Sachsen veröffentlicht heute etwa 70 Professoren der Universität Jena folgende Erklärung:

Die mit überausgehender Bißlichkeit ans Tageslicht getretenen Bestrebungen zwischen Thüringen und Sachsen, sogenannte „Berwaltungsgemeinschaften", möglicherweise sogar weitergehende Vereinheitlichungen herbeizuführen, haben in weiten Kreisen ernste Beunruhigung und Sorge hervorgerufen. Auch die Unterzeichneten sehen sich genötigt, ihre warnende Stimme zu erheben. Hier steht nicht nur die Zukunft Thüringens in Frage, die Um- und Neugestaltung Mitteldeutschlands ist für die künftige staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands entscheidend, und jeder, auch der kleinste Schritt kann heute zu unübersehbaren Folgen führen. Es muß verlangt werden, daß man solche Angelegenheiten nicht im Geheimen, sondern in breiter Öffentlichkeit vorverleitet, daß mit vollständiger Offenheit und Klarheit allen in Betracht kommenden Stellen Gelegenheit zu gründlicher Erörterung gegeben wird. Wir würden es für vordringlich halten, wenn nur mit dem einen Nachbarn Thüringens Verhandlungen geführt würden, wenn auf Augenblickserwägungen vorzeitige Bindungen eingegangen würden, die sich später als schwer zu überwindende Hindernisse auf dem Wege zu einer allseitig befriedigenden Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern erweisen müßten.

Kredite für Landarbeiterfiedlung.

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

In einem von der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag eingebrachten Antrag wird auf die trostlosen Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter hingewiesen, durch die die schwersten Gefahren für Leben und Gesundheit der Landarbeiter und ihrer Familien heraufbeschworen würden. Das Staatsministerium wird ersucht, zur Bekämpfung des Wohnungslebens der Landarbeiter sich nicht nur auf die Erleichterung von Eigenheimen mit Hilfe der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge zu beschränken, sondern die günstigsten Siedlungskredite des Reiches neben der häuslichen Siedlung auch für die Landarbeiterfiedlung zu verwenden, ferner die Gemeinden, Kreise und Provinzen im Bau von Landarbeiterwohnungen durch Bereitstellung von Mitteln tatkräftig zu unterstützen.

Ein glänzender Journalist.

Lloyd George verdiente vier Millionen.

Lloyd George läßt mitteilen, daß er sich entschlossen habe, seine journalistische Tätigkeit aufzugeben, um seine Zeit vollkommen der Wiederbelebung der Liberalen Partei widmen zu können. Seine Entscheidung tritt Ende des Jahres in Kraft. Man glaubt, daß Lloyd George in den letzten Jahren durch Zeitungsarbeit 215 000 Pfund verdient.

Das rote Berlin.

Parteienstärke in den Berliner Verwaltungsbezirken.

Aus dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 bringen die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen „Berliner Wirtschaftsberichte“ (1928, Heft 13) eine Zusammenstellung, die über die Stärke der fünf größten Parteien in den einzelnen Verwaltungsbezirken Berlins berichtet. In ganz Berlin entfielen auf die fünf größten Parteien zusammen über 80 Proz. aller abgegebenen gültigen Stimmen: auf die Sozialdemokratie 32,9 Proz., die Kommunisten 21,7 Proz., die Deutschnationalen 17,8 Proz., die Demokraten 7,7 Proz., die Deutsche Volkspartei 6,4 Proz. (auf die Spaltierpartei zusammen 10,5 Proz.).

Von diesem Durchschnittsergebnis für ganz Berlin weichen die Ergebnisse in den einzelnen Verwaltungsbezirken mehr oder weniger weit ab. Auf die Sozialdemokratie entfielen Prozenten in Spandau 41,1, Neukölln 40,3, Prenzlauer Berg 37,5, Lichtenberg 35,7, Kreuzberg 35,6, Treptow 34,9, Friedrichshain 34,6, Reinickendorf 34,1, Wedding 34,0, Tempelhof 33,9, Panitzsch 33,6, Köpenick 32,9, Weichensee 31,9, Mitte 31,3, Tiergarten 30,1, Charlottenburg 28,7, Schöneberg 27,1, Wilmersdorf 23,5, Zehlendorf 23,1, Steglitz 22,9. Die Anteilsgrenzen schwanken für die Sozialdemokratie zwischen 41,1 in Spandau und 22,9 in Steglitz, für die Kommunisten zwischen 40,4 in Wedding und 5,8 in Zehlendorf, für die Deutschnationalen zwischen 30,1 in Zehlendorf und 11,0 in Wedding, für die Demokraten zwischen 15,4 in Wilmersdorf und 4,5 in Wedding, für die Deutsche Volkspartei zwischen 18,5 in Zehlendorf und 2,6 in Wedding. Ihre Hauptstütze hatte die Sozialdemokratie (wie oben ersichtlich ist) in Spandau, Neukölln, Prenzlauer Berg, Lichtenberg, Kreuzberg, Treptow, Friedrichshain, Reinickendorf, Wedding, Tempelhof, Panitzsch, die Kommunisten in Wedding, Friedrichshain, Neukölln, Weichensee, Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Reinickendorf, die Deutschnationalen in Zehlendorf, Wilmersdorf, Steglitz, Schöneberg, Tiergarten, die Demokraten in Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg, Zehlendorf, die Deutsche Volkspartei in Zehlendorf, Steglitz, Wilmersdorf, Schöneberg.

An der Spitze aller Parteien stand die Sozialdemokratie in Spandau, Neukölln, Prenzlauer Berg, Lichtenberg, Kreuzberg, Treptow, Reinickendorf, Tempelhof, Panitzsch, Köpenick, Weichensee (wo die Kommunisten annähernd die gleiche Stärke hatten). Mitte, Tiergarten, Charlottenburg, Schöneberg, die Kommunisten nur in Wedding und Friedrichshain (wo die Sozialdemokratie fast die gleiche Stärke hatte), die Deutschnationalen nur in Zehlendorf, Wilmersdorf, Steglitz, die Demokraten in keinem Bezirk, die Deutsche Volkspartei in keinem Bezirk. Die Sozialdemokratie stand an der Spitze in fünfzehn Bezirken, in den übrigen fünf Bezirken erlangte sie wenigstens die zweite Stelle, einen geringeren Erfolg hatte sie in keinem Bezirk.

Aufgaben des Anwaltsstandes.

Bandervorrede vor den Berliner Rechtsanwälten.

Am Montag abend sprach Genosse Bandervorrede im Berliner Anwaltsverein über „Die Lage des französischen und belgischen Anwaltsstandes“. Genosse Bandervorrede, herzlich begrüßt durch den Präsidenten des Anwaltsvereins, wurde von den Anwesenden, unter denen sich auch Vertreter der höchsten Reichs- und preussischen Staatsbehörden, wie der preussische Justizminister Schmidt, und der belgische Gesandte befanden, mit großem Beifall empfangen. Redner gab einen historischen Rückblick auf die fast gleiche Entwicklung des Rechtsanwaltsstandes in Frankreich und Belgien und führte dann weiter aus: Ueber die große politische Rolle hinaus, die der Rechtsanwaltsstand im regen öffentlichen Leben der Demokratie spielte, war der Anwaltsberuf seit der großen französischen Revolution das Sprungbrett zur politischen Laufbahn überhaupt.

Während in Deutschland dem Reichstag nur 19 Rechtsanwälte unter 496 Abgeordneten angehören, sind von 611 Abgeordneten der französischen Kammer 132, und von den 187 Volksvertretern Belgiens allein 56 Anwälte. Nur eine Regierung nach dem Kriege hatte in Belgien einen Ministerpräsidenten, der nicht dem Anwaltsstand entstammte, und in Frankreich war das bei allen der Fall. Ein Gleiches gilt für fast alle Minister der einzelnen Kabinette. Zwar vollzieht sich darin eine Wandlung nach dem Kriege zugunsten der Rechtsanwälte, weil die parlamentarische Verfassungskommission, deren Meister der Anwalt war, die Rolle wie in der früheren Zeit nicht mehr spielt, und weil auch der Anwaltsberuf mehr und mehr aufhört, ein aristokratischer Luxusberuf zu sein.

Eine weit größere politische Aufgabe als im bloßen Dienste des eigenen Landes beginnt sich aber den Anwälten aller Länder zu entwickeln: Die Arbeit der internationalen Gesehensangelegenheit, die Arbeit der Verständigung durch den Ausbau des Völkerrechts, eine Arbeit, die, hoffnungsvoll begonnen, durch den Krieg jäh unterbrochen wurde.

Genosse Bandervorrede sprach zum Schluss die Hoffnung aus, daß die Arbeit für den Frieden, der sich auf das Recht, nicht auf die Waffengewalt stützen werde, von Erfolg gekrönt sein möge. Dazu möge die werdende Berufsinternationale der Rechtsanwälte ihr Teil beitragen.

Die Ausführungen des Genossen Bandervorrede fanden außerordentlich starken Beifall.

In der Funktionalkonferenz am Sonntag hatte Genossin Toni Sender die Rede Bandervorredes in vorbildlicher Klarheit aus dem Französischen ins Deutsche übertragen.

Emil Bohnkes Nachfolger.

Dr. Kunwald, Leiter des Berliner Sinfonieorchesters.

Als Nachfolger des auf tragische Weise bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Kapellmeisters Emil Bohnke ist Dr. Ernst Kunwald zum ersten Kapellmeister des Berliner Sinfonieorchesters ernannt worden. Wie dürfte die Entscheidung, die damit gefallen ist, als ein gutes Vorzeichen, nicht nur für die kommende Konzertsaison, sondern auch für die künstlerische und daher auch für die wirtschaftliche Zukunft des Sinfonieorchesters begreifen. Unter den zahlreichen namhaften Dirigenten, die sich um den wichtigeren und verantwortungsvollen Posten beworben hatten, hätte man kaum einen Mann finden können, dessen persönliche und künstlerische Qualitäten bessere Gewähr bieten. Dr. Kunwald, zuletzt als Generalmusikdirektor in Königsberg, vor dem Kriege auch längere Zeit in Amerika mit Erfolg tätig, hat Jahre hindurch in Berlin die höchsten Posten des Philharmonischen Orchesters geleitet. Sein Wirken ist der Berliner Öffentlichkeit in bester Erinnerung geblieben.

Nach der Frankenstabilisierung.



Der Frieden zum Krieg: „Nach dieser mühevollen Wiederaufrichtung wird es dir nicht gestattet sein, die beiden nochmal umzuschiefen.“

Generalstreik in Griechenland.

Tabakarbeiter kämpfen um menschenwürdige Löhne.

Athen, im Juni. (Eigenbericht.)

Von dem in Griechenland ausgebrochenen Generalstreik sind alle größeren Städte erfaßt. Die griechische Regierung hat vom ersten Tage an versucht, den Streik auf kommunistische revolutionäre Machenschaften zurückzuführen. In Wirklichkeit hat die geradezu katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage der Tabakarbeiter in Ostmazedonien und Thrazien zu dem jetzigen Verzweiflungskampf geführt. Ostmazedonien und Thrazien, welche der Neuillyvertrag Griechenland zusprach, wurden seit 1922 langsam und systematisch von ihrer einheimischen Bevölkerung entvölkert und erhielten ein völlig verändertes ethnographisches Gesicht. Griechenland schloß mit Bulgarien vor 4 Jahren die Konvention über die sogenannte freiwillige Auswanderung ab, um die neuotkupierten Landbestände für seine zu

viele Hunderttausende zählende Flüchtlinge aus Kleinasien, dem Kaukasus und Südrussland freizumachen.

Nur ein relativ geringer Prozentsatz Mazedonier und Thrazier blieb in den heimatischen Küstentrichen am Weißen Meer. Herin strömte aber eine Sturmflut griechischer Flüchtlinge und Emigranten, die sich hauptsächlich in den Städten festsetzte. Diese Städte wurden von heute auf morgen in proletarische Zentren umgewandelt, welche den griechischen Staat vor eine Reihe verwidelter Probleme sozialen Charakters stellten. Anstatt die Wirtschaft in Mazedonien und Thrazien durch eine weitblickende Kolonisation neu zu entfalten, lieferten die griechischen Regierungen diese Gegenden dem wirtschaftlichen Ruin aus. Das wirtschaftliche Schwergewicht wurde auf die Gebiete und Höhen des alten Griechenlands gelegt, während die Höhen Saloniki und Kawalla mit ihrem Hinterland von Tag zu Tag zurückgingen. Der immerhin geringen Anzahl Tabakmanufakturen steht eine große Masse verelendeter Proletarier gegenüber, die

durch gegenseitigen Lohndruck ihren sozialen und wirtschaftlichen Notstand noch verschlimmerten.

Ein Bild aus Pommern.

Die gebärende Schnitterin im Gebüsch.

In einer vorpommerschen Zeitung fand man vor einigen Tagen nachfolgende Notiz, die einer breiteren Öffentlichkeit zu übergeben werden verdient:

Jarmen. Angeblicher Leichenfund. In der Stadt verbreitete sich das Gerücht, im nahe gelegenen Jorrenthin sei eine weibliche Leiche im Gebüsch gefunden worden. Als der Sache nachgegangen wurde, fand man eine Schnitterin, die dort ihre Niederkunft gehalten hatte. Die völlig Erschöpfte wurde ins Demminer Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach der Entleerung verstarb. Nach dem neugeborenen Kinde sucht man noch.

Der Leser des Blattes sah diese Nachricht und fand kaum etwas Aufregendes dabei. Und doch erfahren wir aus ihr wieder einmal etwas von dem Elend, dem die Schnitterinnen im Junkerparadies ausgeht sind. Selbst der gebärende Mutter, das junge, neue Leben findet da, wo das Proletariat herrscht, keine Hilfe. Die Unglückliche wird auf die Straße getrieben und muß dort umkommen. Es ist Zeit, daß diese Zustände beseitigt werden!

Sowjet-Erholungsheime.

Mit dem Beginn des Sommers werden wieder Klagen über die Zustände in den russischen Erholungsheimen laut. „Trud“ vom 10. Juni bringt folgenden Bericht:

Die Kommission der Arbeiter- und Bauernkontrolle, die die Erholungsheime des Sozialversicherungsamtes der Republik Turkmennistan beaufsichtigt hat, hat ihre Arbeit abgeschlossen. Die Kommission hat durch und durch unzureichende Erholungsbedingungen festgestellt. Es gibt dort weder eine Bade- noch eine Beausposthaltung oder eine Desinfektionskammer. Die erste Gruppe der Erholungsbedürftigen wurde nicht einmal ärztlich untersucht. Die zweite Gruppe wurde erst einige Tage nach ihrer Ankunft ärztlich untersucht, wobei festgestellt wurde, daß sich unter den Neuankömmlingen einige Gelbtyphuskranken befanden.

Die Verhältnisse sind dort davor, daß die Patienten sich erzwungen sehen, die Erholungsheime vorzeitig zu verlassen.

Löhne und Arbeitsbedingungen in Dismazedonien und Thrazien spotteten jeder Schilderung. Ueberlange Arbeitszeit bis zu 12 Stunden täglich nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen und Kinder sind gerade in den Tabakfabriken und Lagern an der Tagesordnung. Der durchschnittliche Tageslohn beträgt 40 Drachmen. Von einer Hygiene in den Arbeitsstätten kann überhaupt keine Rede sein.

Ein beträchtlicher Teil der Arbeiter hat in den letzten Jahren infolge der ungeheuren Ausbeutung durch das Unternehmertum den Weg zur Selbsthilfe, zu den Berufsindeuten, gefunden, die nicht allein gegenüber den Fabrikanten, sondern auch gegenüber dem Staate in Abwehr stehen. Die griechischen Gesetze verbieten weder das Koalitionsrecht, noch den Streik. Trotzdem versuchte die Regierung, die Manifestationen der empörten Arbeiterkraft, denen schließlich die Geduld riß, niederzubalten. Sie war bisher nicht einmal bereit, die Wünsche der Streikenden zu prüfen und zu befürworten. Diese Haltung wird mit der Behauptung begründet, daß der Streik lediglich eine revolutionäre Aktion der Kommunisten sei und das Ziel verfolge, die Diktatur des Proletariats auszurufen. Inzwischen ist es dank der Politik des liberalen Kabinetts bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Trotzdem wehren sich die Streikenden noch wie vor gegen die Verwendung von Militär und Polizei zur Niederschlagung der Streikbewegung. In vielen Plätzen, so in Xanti, hat sich

das Militär geweigert.

gegen die Arbeiter vorzugehen. An anderen Orten werden Solidaritätsklärungen des Militärs zugunsten der Streikenden gemeldet. Das Exekutivkomitee der Gewerkschaften hat dem Wirtschaftsminister am Sonnabend noch einmal die Forderungen der Arbeiterkraft unterbreitet: Einführung des Achtstundentages, 10prozentige Aufbesserung der Löhne, gesetzliche Einführung der Arbeitsbücher, Errichtung von Arbeitsämtern und Erhebung von Sondersteuern für die Altersversorgung der Arbeiter. Jetzt hat die Regierung das Wort. Die Streikenden sind entschlossen, nicht eher an ihre Arbeitsstätten zurückzukehren, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Als der Oberarzt Dr. Rono ein Badezimmer einrichten, Spundnäpfe und Wasserlöcher aufstellen wollte, stieß er auf den energischen Widerstand des Vertreters des Volkskommissariats für Arbeit, der erklärte, daß man auch ohne diese „bürgerlichen Klüften“ auskommen könne.

In der gleichen Nummer des Zentralorgans der russischen Gewerkschaften wird aus Penningrad berichtet:

„Der Saisonbeginn in den Leningrader Erholungsheimen sollte mit einer Reihe von Skandalen ein. Alkohol wird von den Insassen der Heime in Mengen konsumiert. Schlägereien und Trüffe sind an der Tagesordnung. Die Verwaltung wird mit Schußwaffen bedroht. In einigen Heimen sind die Angestellten von den Kaufholden vollkommen terrorisiert.“

Selbst in Moskau liegen die Verhältnisse ziemlich ungünstig. In der letzten Sitzung des Präsidiums des Moskauer Gewerkschaftsrates wurden die Berichte des Gesundheits- und des Sozialversicherungsamtes über die Erholungsheime in dem Moskauer Gouvernement entgegengenommen. „Das äußerst günstige Bild, das von den Berichterstattern entworfen wurde, hat sich nach den Reden der Vertreter der Verbände vollkommen geändert.“ Die Gewerkschaftsvertreter haben auf zahlreiche, in dem Zeitungsbericht nicht näher dargelegte, Mängel in den Erholungsheimen hingewiesen, die dazu führen, daß die Arbeiter — die wahrlich nicht vernünftigen russischen Arbeiter — die Erholungsheime vorzeitig verlassen.“ („Trud“ vom 8. Juni.)

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die für Sonntag in Koblenz geplante Uebertagung der Einweisung des Gärres-Denkmal durch Rundfunk verboten.

Eine kommunistische Arbeiterkühnheit wurde in Schaffhausen geschildert. Die aus den badischen Grenzorten eingeladenen „Roten Frontkämpfer“ muhten jedoch an der Grenze wieder umkehren, da ihnen das Betreten des Schweizer Bodens in Uniform verboten wurde.

Neue Bandenkämpfe in Mexiko. In Jalpa im Guanajuato-Staate ist es zwischen 250 Rebellen und Bundesstruppen zu heftigen Straßenkämpfen gekommen. Die Aufständischen verloren 32 Tote. Bei ihrer Flucht schleppten sie zahlreiche Verwundete mit sich.

Der Streik in den Großbäckereien

Die Broffabrikanten drohen mit der Aussperrung.

Gestern Abend ist auch in den letzten der von der Organisation zur Arbeitseinstellung bestimmten Großbetrieben die Arbeit niedergelegt worden, so daß nunmehr rund 650 Bäckerarbeiten in den Berliner Broffabriken im Streik stehen. Etwas ebensoviel Arbeiter sind in den Großbetrieben beschäftigt, die die Forderungen der Organisation anerkannt haben und die für die Lohnbewegung nicht mehr in Frage kommen. In einer Anzahl von mittleren und kleineren Betrieben, die zusammen rund 200 Arbeiter beschäftigen, hat der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter die Belegschaften noch nicht zur Arbeitseinstellung aufgefordert. Die Inhaber dieser Betriebe haben jedoch ihren Arbeitern bereits mitgeteilt, daß sie von ihrer Organisation aufgefordert worden sind, die Arbeiter auszusperrn, widrigenfalls ihnen eine Konventionalstrafe auferlegt wird. Da der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband von vornherein mit einer solchen Maßnahme gerechnet hat, würde die Durchführung der Aussperrung nur ein Schlag ins Wasser bedeuten und auf den weiteren Verlauf der Bewegung keinen Einfluß haben.

Wie so oft bei Lohn- und Arbeitskämpfen versuchen auch die Berliner Broffabrikanten durch „Erklärungen“ in der bürgerlichen Presse die Schuld an dem Konflikt den Arbeitern zuzuschreiben

und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. So wird in einer solchen „Erklärung“ behauptet, daß die Unternehmer niemals eine längere als die 48stündige Arbeitszeit verlangt hätten. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Unternehmer einen Schiedspruch ablehnten, der ihnen anstatt der geforderten 54stündigen Arbeitswoche „nur“ die 52stündige Arbeitswoche brachte, weil er ihren Forderungen nicht weit genug entgegenkam. In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß sowie in den sonstigen Verhandlungen war es besonders der Vorsitzende der Vereinigung der Broffabrikanten, Herr Hähne aus Weihensee, der mit allem Nachdruck darauf hinwies, daß auch die Broffabrikanten unbedingt an der Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden festhalten müßten. Wenn jetzt in der bürgerlichen Presse etwas anderes behauptet wird, muß man entweder annehmen, daß die Unternehmer ein sehr schwaches Gedächtnis haben oder es mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen. Jedenfalls wird durch solche „Erklärungen“ die Front der Streikenden nicht ins Wanken gebracht werden können.

In der Streikerversammlung heute nachmittag um 2 Uhr im Gewerkschaftshaus wird nicht nur über diese Dinge berichtet, sondern auch über die weiteren Maßnahmen beraten werden.

Beitrags- und Unterstützungsfragen unter Dach und Fach zu bringen. Der Kampf war sehr scharf. Die Einführung der Invalidenunterstützung, die von 1919 bis 1923 schon bestand, wurde vorläufig zurückgestellt, dem Verbandsvorstand aber aufgegeben, nach Ablauf eines Jahres der Frage wieder näherzutreten.

Der Verbandsvorstand wurde in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Kongreß der Lederarbeiter.

Der Verbandsvorstand wiedergewählt.

Der Dresdener Kongreß der Lederarbeiter befaßte sich am Sonnabend mit einer Reihe organisatorischer Fragen, die alle eine begründete Lösung fanden. Bei den Wahlen der Delegierten zum Hamburger Gewerkschaftskongreß und zum nächsten Internationalen Kongreß der Arbeiter der Schuh- und Lederindustrie, wurden die Vorschläge der Kommunisten durchweg abgelehnt. Der Verbandsvorstand wurde mit allen gegen sechs Stimmen wiedergewählt. Ein Gegenanschlag war nicht eingebracht worden. Als Ort für den nächsten Verbandskongreß wurde Karlsruhe bestimmt. Ein einstimmiger Antrag, der die Ortsvereine auffordert, der Gründung von Wertpapiervereinen entgegenzuwirken, sowie eine Entschleunigung, die den ADGB, den IGB und die Reichsregierung erucht, mit aller Kräfte für eine baldige Räumung des besetzten Gebiets zu wirken. Der Vertreter des französischen Lederarbeiterverbandes Roux gab am Schluß der Tagung seiner Freude darüber Ausdruck, daß trotz aller Gegensätze der Gedanke einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung die ganze Tagung beherrscht habe.

Neuer Konflikt in der Rheinschiffahrt.

Die holländischen Reeder provozieren ihn diesmal.

Neues Gemüt hat sich in den letzten Tagen in dem noch immer nicht beigelegten Rheinschiffahrtskonflikt zusammengezogen. Diesmal sind es die holländischen Reeder, die drauf und dran sind, das Feuer wieder anzuzünden. Die Unternehmer der holländischen Rheinschiffahrt sind nicht dazu zu bewegen, in Verhandlungen über einen Neuabschluß der Tarifverträge für die holländische Rheinschiffahrt einzutreten. Die bestehenden Tarifverträge laufen am 30 Juni ab. Es ist also keineswegs unmöglich, daß es in der holländischen Rheinschiffahrt zu Arbeitseinstellungen kommt. In diesem Falle wäre mit einer neuen Beunruhigung der deutschen Rheinschiffahrt nach dem 1. Juli zu rechnen; denn eine Aufforderung des holländischen Rheinschiffahrtspersonalen an die deutschen Kollegen, Solidarität zu üben, würde nicht ohne Echo bleiben, da ja die holländischen Rheinschiffahrer im großen Konflikt gegenüber dem deutschen Rheinschiffahrtspersonal strengste Solidarität beobachtet haben.

Um die Löhne der Hafnarbeiter.

Die Hafnarbeiterbewegung in Düsseldorf ist abgeschlossen, da der Schiedspruch, der 7 Proz. Lohnhöhung bringt, von beiden Seiten angenommen worden ist. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Lohnregelung soll bis 31. März 1929 gelten. In Mainz wird zurzeit in der Hafnarbeiterlohnfrage noch verhandelt. In Köln haben die Unternehmer den für die Hafnarbeiter gefällten Schiedspruch vom 21. Juni ebenfalls abgelehnt. Der neue Schiedspruch enthält die gleichen Bestimmungen wie sein Vorgänger und darüber hinaus noch Sicherungen gegen Maßregelung.

Der Streik der Hafnarbeiter in den Häfen Mannheim und Ludwigshafen ist am Montag zu Ende gegangen. Die Hafnarbeiter haben einen Schiedspruch angenommen, wonach die Streikenden nach Maßgabe der Bedürfnisse der Betriebe, jedoch bis spätestens 16. Juli wieder einzustellen sind. Maßregelungen im Anschluß des Streiks erfolgen nicht. Die Lohnregelung beläuft sich auf 6 Pfennig pro Stunde per sofort. Damit ist im Mannheimer Hafengebiet der reguläre Verkehr wieder möglich.

Tariffündigung der Saarbergarbeiter.

Saarbrücken, 25. Juni.

Die Bergarbeiterorganisationen haben auf einstimmigen Beschluß heute den Lohnvertrag ertüchtigt.

Aufgehobene Sperre. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, ist die Sperre über den Betrieb „Restaurant Alter Krug“, Inh. Paul Homborg in Tegel, aufgehoben. Die Differenzen sind beigelegt.

ADGB-Relaxarbeiter, 2. Bezirk. Am Mittwoch, 27. Juni, 10 ¹⁵ Uhr, bei Wahlmann, Friedrichstr. 37, wichtige Fraktionsversammlung aller ADGB-Genossen. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft als Ausweis mitbringen.
ADGB-Relaxarbeiter, 3. Bezirk. Wichtige Flugblätter sind abzuholen im Lokal Postler, Michaelkirchstr. 20a. Jeder Betrieb muß einen Genossen am Dienstag oder Mittwoch zur Abholung beauftragen. Alle Betriebe müssen belegt werden.
ADGB-Relaxarbeiter, 4. Bezirk. Wichtige Flugblätter sind abzuholen am Mittwoch, 27. Juni, 10 ¹⁵ Uhr, im Lokal von Seip, Eichenberg, Kronprinzstr. 45. Versammlung aller Parteigenossen. Wichtige Tagesrechnung. Alle Betriebe müssen vertreten sein.

Die Fraktionsvorsitze.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts 19¹⁵ Uhr legen die Gruppen: Südosten: Jugendheim des Bezirksverbandes, Engelauer 34/35, Anfang 8. part. Vortrag: „Soziale Einrichtungen in der Großstadt.“ — Dumboldt: Jugendheim Graunke, Vorjünglingsabteilung, Südwest: „Stimmungsbilder der deutschen Landschaft.“ — Neu-Siedlung: Jugendheim Bauhoffen (Sportplatz), an der Vestingstraße. Erntes und Beireres aus den Betrieben. — Landarbeiter: Jugendheim Vorkriegsstraße, 5. Literarischer Abend: „Märkische Sagen.“ — Franzosen: Südliches Jugendheim Eitner Str. 18, Zimmer 2. Parteitag: „Was sehen wir auf Arbeit und was nicht?“ — Spandauer: Parteitag: „Was sehen wir auf Arbeit und was nicht?“ — Reichsverband: Parteitag: „Was sehen wir auf Arbeit und was nicht?“ — Berlin: Parteitag: „Was sehen wir auf Arbeit und was nicht?“ — Berlin: Parteitag: „Was sehen wir auf Arbeit und was nicht?“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten.

Deuts, Dienstag, ab 19 Uhr, gemeinsamer Spielabend aller Jugendgruppen auf der Spielwiese 7 im Trappener Park. — Jugendgruppe Wedding-Gewerkschaften spielt auf dem Sportplatz im Dumboldheim.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Allgräber; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Fritz Kuchel; Amerika: H. Gieseler; Familie in Berlin: Berlin: Gewerkschafts-Bericht G. m. b. H. Berlin. Druck: Sozialistische Buchverlage und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 11, Eidenstraße 2. Hierzu 1 Beilage zur Unterhaltung und Wissen.

Der Buchdruckerverband 1927.

Organisatorischer und finanzieller Aufschwung.

Wenn in fast allen Gewerkschaften im Vorjahre eine beträchtliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen war, so kann man das allerdings über den Verband der Deutschen Buchdrucker nicht berichten. Die Tatsache findet aber keine natürliche Erklärung darin, daß die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe schon seit Jahrzehnten fast restlos organisiert ist und somit das eigentliche Reservierungsfeld dieser Organisation nur die jungausgeworbene Gehilfenchaft bildet. Daß die Jungausgeworbenen beinahe restlos der Organisation zugeführt werden, beweist die Mitteilung im Geschäftsbericht des Buchdruckerverbandes für das Jahr 1927, wonach von den 1311 im vierten Lehrjahr stehenden Lehrlingen 1121 bei der Beendigung ihrer Lehrzeit dem Verbands zugeführt wurden. Der größte Teil dieser neuen Mitglieder war bereits als Lehrling im Buchdruckerverband organisiert. Wenn man dann den natürlichen Abgang berücksichtigt, den jede Organisation durch den Tod, den Eintritt der Invalidität, die Abreise, den Berufswechsel ihrer Mitglieder usw. hat und der den Zugang an neuen Mitgliedern fast aufhebt, so ist es erklärlich, warum der Buchdruckerverband im Jahre 1927 nur 828 neue Mitglieder gewinnen konnte. Der Verband zählte am Schluß des Vorjahres 81305 Mitglieder gegen 80477 am Schluß des Jahres 1926. Dazu kommt noch die Lehrlingsabteilung mit 16287 Mitgliedern gegenüber 14152 Mitgliedern Ende 1926. Die Lehrlingsabteilung konnte also im Vorjahre einen Gewinn von 2135 Mitgliedern buchen.

Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung im Vorjahre hat sich naturgemäß auch auf die Beschäftigung im Buchdruckgewerbe und somit auch wieder auf die finanzielle Entwicklung der Organisation günstig ausgewirkt. Das Gesamtvermögen des Buchdruckerverbandes erhöhte sich von 4324691 M. auf 6770604 M., nämlich um fast 2 1/2 Millionen Mark. Im Jahre 1927 wurde durch Verhandlungen vor den Schlichtungsinstanzen eine Lohn-erhöhung von 3,50 M. in der Spitze am 1. April und einer weiteren Mark auf 1. Oktober erwirkt. Die im März dieses Jahres eingeleitete Lohnbewegung wurde durch einen Schiedspruch beendet, der in unverständlicher Weise vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde, obwohl er nur eine Lohnhöhung von 3,50 M. in der Spitze vorsah und für ein Jahr Gültigkeit hat. Der Jahresbericht legt ferner Zeugnis ab von der intensiven Bildungsarbeit, die der Verband im Laufe des Berichtsjahres besonders unter den jugendlichen Mitgliedern geleistet hat.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auch der Geschäftsbericht des Verbandes der Buchdrucker für das Jahr 1927 ein unwiderlegbares Dokument der vorbildlichen Geschlossenheit und organisatorischen Kraft der deutschen Buchdrucker selbst ist.

Die Brauereiangestellten vor dem Schlichter.

Entgegenkommen von den Unternehmern abgelehnt.

Der Gehaltsstreit der Angestellten im Berliner Brauergewerbe war am Montag Gegenstand der Verhandlungen vor dem Schlichter. Die Vertreter des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgebung verhielten sich nach wie vor ablehnend, so daß alle Einigungsversuche des Schlichters scheiterten. Wahrscheinlich dürfte die Verbindlichklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Groß-Berlins vom 21. Mai 1928 von Amts wegen ausgesprochen werden, so daß ein karissloser Zustand vermieden wird.

Es wird Aufgabe der Betriebsvertretungen sein, in Betriebsversammlungen der Angestellten der Berliner Brauereien zu diesem rückstuflosen Verhalten der Unternehmer Stellung zu nehmen und über die Verhandlungen vor dem Schlichter eingehend durch Vertreter der Berufsorganisation berichten zu lassen. In allen Angelegenheiten, die das Angestellten- und Beschäftigungsverhältnis der Brauereiangestellten betreffen, wende man sich an den Zentralverband der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Forderungen der Beamten.

Beiratstagung des Reichsbundes.

Der Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt dieser Tage in Plauen i. V. eine Beiratstagung ab. Neben den innerorganisatorischen Fragen standen zur Beratung die Beamtenfrankensfürsorge, das Dienststrafrecht, die Arbeitszeit der Beamten und die Beamtenbeförderung.

Zur Beamtenfrankensfürsorge forderte der Reichsbeirat in seiner Entschließung die Schaffung einer einheitlichen reichsgerichtlichen Beamtenfrankensfürsorge. Das System der Reichsfrankensfürsorge wurde als unwürdig und ungenügend abgelehnt. Der

Mitglieder des DNV.

agiert zur Verbandsratswahl für die Liste A der gewerkschaftlichen Einheitsfront, weil die Liste B zurückpolitische Spaltungsmannöver der Liste B zurück.

Beirat erblickt in der Angliederung an die allgemeine Krankenversicherung die zweckmäßigste Lösung und verlangte von der Reichsregierung entsprechend den Beschlüssen des 14. Ausschusses des alten Reichstags die baldige Vorlage eines Reichsgesetzes.

Zur Reichsdienststrafordnung nahm der Beirat mit Befriedigung Kenntnis, daß der Entwurf, der dem letzten Reichstag vorgelegt wurde, nicht verabschiedet worden ist. Der Beirat forderte die baldige Vorlage eines neuen Gesetzentwurfes und verweist auf die vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in seiner Eingabe vom 11. März 1927 aufgestellten Forderungen.

Zur Arbeitszeit forderte der Beirat die Ratifizierung des Abkommens von Washington und die Aenderung des Entwurfes des Arbeitsschutzgesetzes dahingehend, daß auch alle im Betriebs- und Verwaltungsdienst sowie im Gesundheitswesen tätigen Beamten unter das Gesetz fallen. Bis dahin müßte auf dem Verordnungswege für alle Beamten und Angestellten auch der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände die 48-Stunden-Woche wieder eingeführt werden.

Zur Besoldungsfrage sah der Reichsbeirat die Neuordnung als eine Rückwärtsentwicklung gegenüber den Grundlagen an, die im Besoldungsgesetz von 1920 geschaffen wurden. Eine neue Reform müsse angestrebt werden, die eine Verringerung der Zahl der Besoldungsgruppen, eine frühere Erreichung des Endgehalts, Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten, Anrechnung der Bordienstzeit, Schaffung einheitlicher Gehaltsstufen für Männer und Frauen bei gleicher Dienstleistung, angemessene Sozialzuschläge, Verbesserung des Diätariats, Wiedereinführung des Ortszuschlages an Stelle des Wohnungszuschusses und Abschaffung der Stellenzulagen enthalten müsse. Auch müsse die Ortsklasseneinteilung neu geregelt werden.

Verbandstag der Hutarbeiter.

Die Verluste der Krisenzeit wieder aufgeholt.

Der Deutsche Hutarbeiter-Verband hielt dieser Tage in Altenburg seinen 15. Verbandstag ab. Der Verbandsvorsitzende Bröckel-Altenburg brachte in seinem Bericht zum Ausdruck, daß nach der Ueberwindung der Krisen in den Jahren 1924/25 wieder ein Aufschwung in der Organisation zu verzeichnen ist. Es war möglich, die von den Unternehmern in der Krisenzeit durchgeführten Verschlechterungen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur wieder auszugleichen, sondern erhebliche Verbesserungen herauszuholen. Der Verband zählt heute wieder über 18600 Mitglieder von etwa 26000 Beschäftigten in 3151 Betrieben. Zur Durchführung der Tarifpolitik wären 60 Bewegungen notwendig. Mit Stolz — so betonte Bröckel — kann festgestellt werden, daß für alle Berufsgruppen die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind. Die Urabstimmung über die Beschmelzung mit dem Beschäftigtenverband hat die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erbracht, womit die Frage vorläufig als erledigt gelten soll.

Der Kassenbericht zeigte zum erstenmal nach der Inflation wieder ein erfreuliches Bild. Der Vermögenstand von 1913 ist wieder erreicht. Zur Rechtfertigung der Haltung des Verbandes während des Wahlkampfes erklärte die Redaktion des Verbandsorgans, sie habe aus wohlwolligen Gründen die Mitglieder aufgefordert, überall für die Sozialdemokratie einzutreten. Die Gewerkschaften könnten sich nur mit einer Partei befreunden, die unentwegt für die Interessen der freien Gewerkschaften kämpfe, und das sei einzig und allein die Sozialdemokratische Partei.

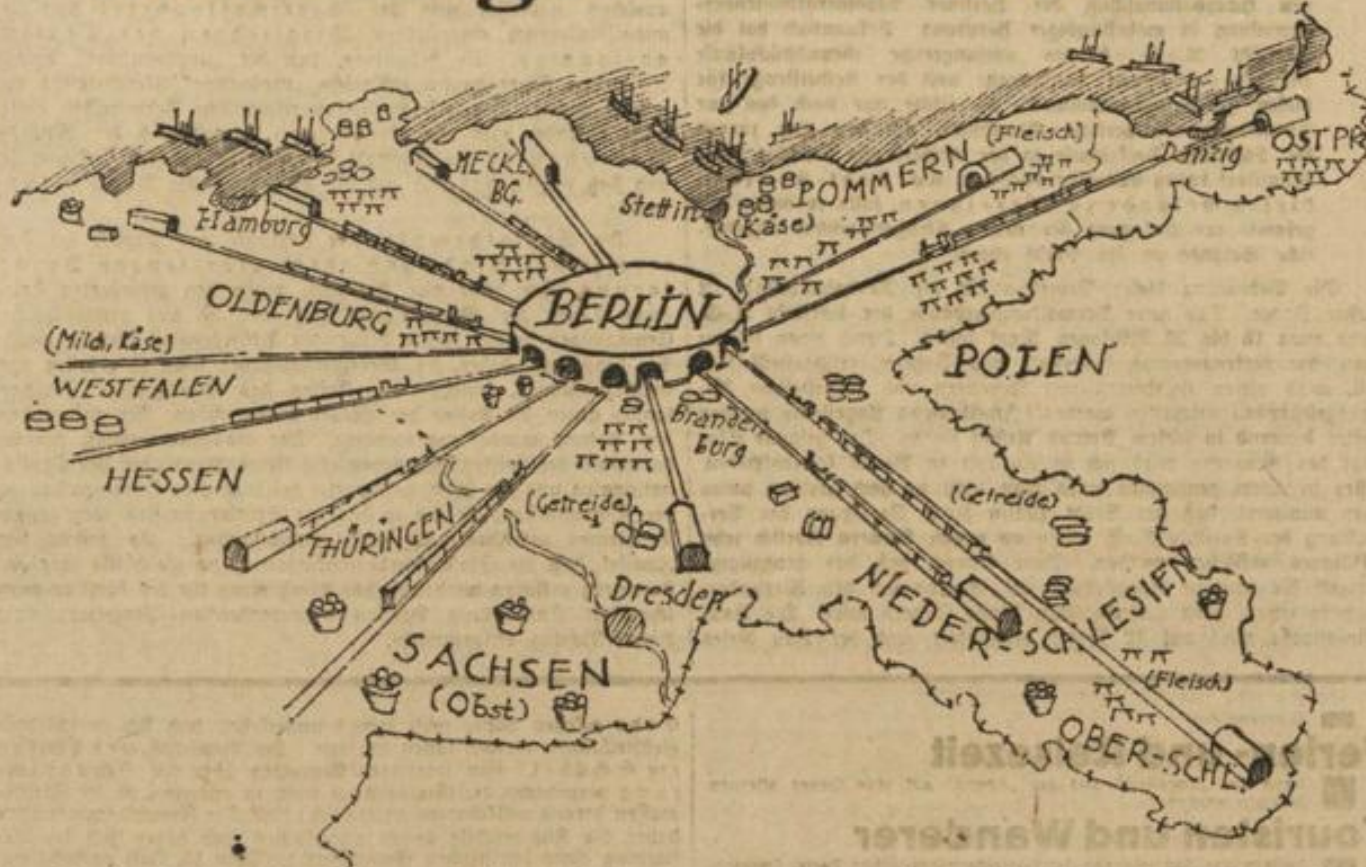
Der Verbandstag erklärte sich damit einverstanden, daß das Sekretariat der Hutarbeiterinternationalen — der internationalen Kongreß findet demnächst in Prag statt — wieder nach Deutschland, und zwar nach Altenburg verlegt wird. Als Vertreter für Prag wurden gewählt Bröckel-Altenburg, Sonntag, Dresden und Hennicker, Guben. — Ueber arbeitsrechtliche und sozialpolitische Zeitfragen sprach Hermann vom Hauptvorstand. Er forderte Einheitlichkeit auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet, und vor allem Kündigungsschutz nicht nur für Angestellte, sondern auch für Arbeiter. Raphael-Berlin sprach über wirtschaftliche Fragen der Gegenwart.

Der Sitz der Verbandes bleibt in Altenburg, da die Vertreter nicht wollen, daß die Organisation kommunistischen Treibern überliefert werde, wie das bei einer Verlegung nach Berlin zu befürchten sei. — Zwei Verhandlungstage benutzte man allein, um die



Ihr Kind fat ja glänzend zugenommen.
Jarwofl, seit es *Alaisena* bekommen!

Der Magen von Berlin.



Was die Ernährung eines Millionenvolkes bedeutet, haben wir im Weltkrieg erfahren. Aber auch schon da, wo es sich um die Befriedigung der Nahrungsbedürfnisse einer Großstadt handelt, schwellen die Zahlen zu phantastischer Größe an. Während bei einer kleinen oder Mittelstadt die Umgebung in erster Linie die Vorräte spendet, ist bei den Großstädten der Weltmarkt dominierend.

Berlin, dessen Bevölkerung am 1. April d. J. 4 227 862 Personen betrug, führte 1926 auf Eisenbahnen und Wasserstraßen an Hauptnahrungsmitteln wie: Weizen, Roggen, Mehl resp. Mühlenzeugnisse, Zucker, Kartoffeln und Fleisch aus dem Inlande 1 092 831 Tonnen, aus dem Auslande 44 218 Tonnen ein. Das ergibt als Jahresverbrauch in genannten Waren pro Kopf der Bevölkerung etwa 5 Zentner. Um den Fleischbedarf der Berliner zu genügen, müssen 335 682 Stück Rindvieh, 516 920 Schafe und Ziegen, 1 194 069 Schweine und 2 300 587 Stück Geflügel eingeführt werden. An Fischen wurden 59 901 Tonnen eingeführt. Diese stattlichen Zahlen veranschaulicht eine aus der Vogelperspektive gezeichnete Darstellung auf der Ausstellung „Ernährung“, die von dem Statistischen Amt der Stadt Berlin ausgeht. Durch bewegliche Eisenbahnhänge und Leuchtstrahlen wird gezeigt, aus welchen deutschen Gebieten und aus welchen ausländischen Staaten die Berliner Lebensmittelerzeugung stammt. Es ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die den Berliner Stadtkreis umschließende Mark Brandenburg in Getreide und Kartoffeln an der Spitze steht: Weizen 17 572 Tonnen, Roggen 78 632 Tonnen, Mehl 79 031 Tonnen, Kartoffeln 304 644 Tonnen. Es folgen dann Niederschlesien und Pommern mit Grenzmarkt; die hohe Bedeutung, die Niederschlesien für Berlin besitzt, spricht sich darin aus, daß es an Getreide und Mehl mit 107 070 Tonnen an zweiter, Pommern mit nur 48 964 Tonnen an dritter Stelle steht. In Kartoffeln ist ihm dagegen Pommern über: 65 002 Tonnen, und auch Magdeburg-Anhalt liefert mit

13 734 Tonnen mehr als Niederschlesien mit 4028 Tonnen, das auch von Bayern (10 803 Tonnen — sicherlich eine Ueberrückung für die meisten Berliner) und von Mecklenburg (6560 Tonnen) übertrifft wird. Aber auf einem anderen ebenfalls sehr wichtigen Gebiet steht Niederschlesien an zweiter Stelle: im Zucker. Es liefert 18 781 Tonnen und übertrifft damit Brandenburg (12 277 Tonnen); der Hauptlieferant Berlins ist aber naturgemäß Magdeburg mit 44 976 Tonnen Zucker.

Was das lebend eingeführte Vieh betrifft, so ist Brandenburg mit — rund gerechnet — je 100 000 Stück Rindvieh, Schafen und Schweinen guter Dritter; für Pommern und Grenzmarkt sind die drei entsprechenden Zahlen 206 979 — 137 878 — 503 512; für Ostpreußen 94 046 — 34 275 — 249 070; für Mecklenburg 52 398 — 66 607 — 92 500. Hannover-Oldenburg hält seinen Ruf als Schaafzuchtland aufrecht (etwa 35 000 Stück), wird aber von Magdeburg-Anhalt um das Doppelte übertrifft. Niederschlesien kann die hohe Stellung, die es als Getreide- und Zuckerland einnimmt, auf dem Gebiet der Viehzucht nicht halten; es lieferte nur 7139 Stück Rindvieh. Die gegenwärtig gerade in dieser Provinz sehr fühlbare Zusammenarbeit von Regierung und Tierzuchtverbänden zur Hebung der Tierzucht wird hoffentlich sich bald bemerkbar machen. Mit scheinbaren Refordziffern ist in der Darstellung der Bahn- und Wassertransporte die Unterelbe vertreten, so namentlich in Weizen: 77 873 Tonnen, in Mühlenzeugnissen: 40 107 Tonnen, und in Fleisch: 23 076 Tonnen — aber man muß sich vor Augen halten, daß diese Zahlen in der Hauptsache den Import des Auslandes; transatlantische Güter — beim Fleisch: Gefrierfleisch — betreffen. Die eigene Produktion des Gebietes, sowie des sich anschließenden Schleswig-Holsteins spielt wohl keine große Rolle für Berlin und die für die Nordmarkt gemachte Ergänzung: „Iowale Häfen von Rostock bis Flensburg“ läßt erkennen, daß hier die Einfuhr von Danemark mit verrechnet ist.

Sedenfalls sind die Zahlen, die in dem von den Besuchern der Ausstellung viel angestaunten Rundbild dargelegt sind, recht aufschlußreich; sie zeigen, daß Berlin zu seiner Ernährung hauptsächlich einige nahe Provinzen in Anspruch nimmt.

Wenn diese Zahlen auch einen Begriff geben von dem Umfange des Verkehrs auf den Transportwegen, für die umfangreiche Entlade- und Aufnahmestellen, u. a. in den beiden Berliner Hafenanlagen 16 Lagerhallen, 1 Zolllager und 2 Getreidepeicher, geschaffen worden sind, so ist damit noch bei weitem nicht die ganze Zufuhr gekennzeichnet. Allein an Obst und Gemüse werden aus der Umgegend 90 Millionen Kilogramm heringebracht, die zum Teil in den Berliner Markthallen umgekehrt werden. Der Gesamtverbrauch an beiden wichtigen Gegenständen erreicht jedoch im Jahr 150 resp. 250 Millionen Kilogramm. Für die Milch liegen genaue Angaben vor; der Gesamtverbrauch war 376 169 000 Kilogramm, was einem Transportdurchschnitt von über 1 Million Kilogramm und einem Jahresverbrauch von 90,1 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung ergibt. Nehmen wir nun auch die Eier, so wird der Jahresverbrauch auf 50 Millionen Kilogramm berechnet, was pro Kopf 12 Kilogramm ergibt. Selbst eine Bekleidungsware wie die saure Gurke wird im Jahresdurchschnitt auf 600 000 Schock geschätzt.

Was die Bezeichnung „Magen von Berlin“ sagen will, tritt am deutlichsten in die Erscheinung, wenn wir die Zusammenstellung dessen betrachten, was der Magen jedes einzelnen Berliner in einem Jahr verlangt. Neben den bereits genannten Zahlen für Milch und Eier müssen angeführt werden: Fleisch und Fleischwaren 164 Kilogramm, Kartoffeln 115 Kilogramm, Getreide und Mehl 139 Kilogramm, Zucker 19 Kilogramm, Obst 35 Kilogramm, Gemüse 60 Kilogramm und Fische 7,2 Kilogramm. Die verhältnismäßig kleine Zahl des Fischverbrauchs führt leider zu dem Schluß, daß trotz der geschickten und unermüdbaren Verbürgung für diese gesunde Nahrung der Berliner sich noch nicht so mit dem Fisch angefreundet hat, wie dies z. B. bei dem Londoner der Fall ist.

Die vorzügliche Organisation der Einfuhr und der Aufbeahrung sowie die Durchführung wichtiger sanitärer Maßnahmen tragen dazu bei, daß das Gelernte auch in gutem Zustande an die Bevölkerung abgegeben wird. Der „Magen von Berlin“ — Jolo hat seinerzeit trefflicher vom „Bauch von Paris“ gesprochen — stellt sich somit als ein recht gesundes Glied des Gesamtkörpers dar.

Die Fahrkartendurchstechereien. Bis hier insgesamt 26 Verhaftungen.

Die Betrugsaffäre bei der Stern-Schiffahrtsgesellschaft zieht immer weitere Kreise. Bisher sind 26 Angeklagte verhaftet worden, die im großen und ganzen geständig sind und die Durchstechereien zugeben.

Der Umfang der Unterschlagungen läßt sich überhaupt nicht mehr genau abschätzen; sie dürften jedoch viele hunderttausend Mark betragen, da sich die Betrügereien auch über die ganze Inflationzeit erstrecken und bis auf das Jahr 1919 zurückdatieren. Stetlich vier Wochen hindurch wurden im geheimen auf allen Dampferstrecken der Sternschiffahrt die Beobachtungen angestellt, die das Bestehen einer in ihren Symptomen beispiellosen „Betriebsgemeinschaft“ zwischen Fahrkartenvorkäufern und Kontrollleuten ergaben. Während die betrügerischen Angestellten noch nichtsahnend ihre Unterschlagungen fortsetzten, wurde in aller Stille für Erziehungspersonal geforscht, und die Angelegenheit gleichzeitig der Kriminalpolizei übergeben.

Nach den bisherigen Feststellungen erstreckten sich die Betrügereien in der Hauptsache auf den sogenannten Potsdamer Bezirk, und zwar ist hier der Hauptverursacher der an der Potsdamer Anlegestelle tätige Fahrkartenvorkäufer Sch., der seit 12 Jahren bei der Sternschiffahrt angestellt ist. Die unterschlagenen Summen wurden in der Weise verteilt, daß von dem auf jedem Schiff erzielten „Erlös“ der Fahrkartenvorkäufer 50 Prozent, die beiden Schiffskontrollleute

49) Jack London: Wolfsblut.

„Da pfeift es!“ rief Matt und vom Dufon her tönte der heisere, heulende Ton der Dampfpeife. „Sie müssen sich beeilen. Vergessen Sie nicht die vordere Tür zuzuschließen. Ich will zur Hintertür hinaus. Gehen Sie nur voran.“

Die beiden Türen schlugen zu gleicher Zeit zu, und Weedon Scott wartete, bis Matt nach vorne kam. Von der Innenseite der Tür kam ein leises Seufzen und Winseln, dann das langgezogene Schnüffeln.

„Sie müssen gut für ihn sorgen, Matt.“ sagte Scott, als sie den Hügel hinuntergingen. „Schreiben Sie mir, und lassen Sie mich auch wissen, wie es ihm geht.“

„Gewiß.“ antwortete der Hundetreiber. „Aber hören Sie das bloß an!“

Beide blieben stehen. Wolfsblut heulte, wie es Hunde tun, wenn ihre Herren gestanden sind. Es war eine herzzerreißende Wehklage, sie erhob sich zu lauten Jammertönen und erstarrte in zitterndem Weh, dann brach sie von neuem in ein lautes, kummervolles Geheul aus.

Die Aurora war das erste Dampfsboot des Jahres, das hinausfuhr, und das Verdeck war dicht gedrängt voller Abenteuerer und Goldsucher, von denen manch einer Glück, manch anderer Unglück gehabt hatte, die aber alle ebenso gierig waren, wegzukommen, als sie es einst gewesen waren, anzukommen. Gleich bei der Landebrücke stand Scott und schüttelte Matt die Hand, der im Begriffe war, ans Ufer zurückzukehren. Aber Matts Hand wurde plötzlich schlaff in der des andern, und sein Auge heftete sich auf etwas hinter Scotts Rücken. Scott drehte sich um. Da sah in geringer Entfernung von ihnen Wolfsblut auf dem Verdeck und blickte sie unermüdet an. Der Hundetreiber suchte leise vor Schreck, und Scott stand starr vor Staunen.

„Hatten Sie auch die Bordertür verschlossen?“ fragte Matt. Der andere nickte und fragte dagegen: „Und Sie die Hintertür?“

„Darauf können Sie Gift nehmen.“ kam die kräftige Erwiderung.

Wolfsblut legte schmeichelnd die Ohren zurück, blieb aber, wo er war.

„Ich werde ihn nun ans Land bringen müssen.“ und Matt mochte ein paar Schritte auf ihn zu, aber Wolfsblut

alitt hinweg. Der Hundetreiber lief ihm nach, aber Wolfsblut wich ihm zwischen den Menschengruppen aus und machte sich duckend, drehend und wendend die Anstrengungen zu nichte, womit jener ihn fangen wollte. Als jedoch der Gebieter ihn rief, kam er rasch und gehorlich zu ihm.

„Er will nicht zu mir kommen, der ich ihn doch all die Monate hindurch gefüttert habe.“ brummte der Hundetreiber tief verärgert. „Und Sie haben ihn nach den ersten paar Tagen der Bekanntschaft doch nie gefüttert. Da möchte ich doch wirklich wissen, wie er sich das zurechtlegt, daß Sie von uns beiden der Herr sind.“

Scott beugte sich plötzlich tief über Wolfsblut, den er gestreichelt hatte, und zeigte auf einige frische Wunden an der Schnauze und einen Schlich zwischen den Augen. Auch Matt beugte sich herab und fuhr mit der Hand über Wolfsbluts Unterleib.

„Wir hatten das Fenster vergessen. Er ist unten ganz zerkratzt und zerissen. Er muß mit einem Saß durchgefaßt sein, zum Donnerwetter!“

Allein Scott hörte nicht auf ihn. Er überlegte rasch, denn die Peife der Aurora gab das letzte Signal zur Abfahrt. Die Leute rannten über die Laufbrücke ans Ufer zurück. Matt löste ein Tuch vom Hals, um es Wolfsblut umzubinden.

„Leben Sie wohl, Matt, und was Wolfsblut betrifft, mein Alter, so brauchen Sie nicht über den zu schreiben. Sie sehen, ich —“

„Was.“ schrie der Hundetreiber. „Sie wollen doch nicht —“

„Ja, ja, ich will. Hier ist Ihr Tuch. Ich werde über ihn an Sie schreiben.“

Matt blieb auf halbem Wege auf der Laufbrücke stehen. „Er wird das Klima nie und nimmer vertragen.“ schrie er zurück, „wenn Sie ihn nicht im warmen Wetter scheeren lassen.“

Das Laufbrett wurde ans Ufer gezogen und die Aurora schwang sich in weitem Bogen zur Abfahrt herum. Weedon Scott winkte ein letztes Lebemohl hinüber. Dann drehte er sich um und beugte sich über Wolfsblut, der neben ihm stand.

„Run große, du verdammter Wolf, große.“ sagte er und streichelte den sich anstreichelnden Kopf und kraute ihm die Ohren.

2. Das Südländ.

Wolfsblut ging in San Franzisko an Land. Er war starr vor Staunen. Tief im Innern, ohne durch Nachdenken dessen bemußt zu werden, hatte er den Menschen die Nacht

von Göttern zuerkannt, allein nie waren sie ihm so mächtig erschienen, als jetzt, wo er auf dem schmutzigen Pflaster von San Franzisko einhertrabte. Statt der Blockhütten, die er bisher gekannt hatte, erhoben sich himmelhohe Häuser. Gefahren aller Art lauerten in den Straßen: Wagen, Karren, Autos, ungeheure Lastfuhrwerke, von großen Pferden mühsam gezogen, während elektrische Wagen leuchtend und raffend in der Mitte wie Ungeheuer hin- und herschossen und immerfort drohend wie die Luchse freischritten, die er in den Wäldern des Nordens gekannt hatte. All dieses befandete Nacht, und dahinter stand der Mensch, beherrschte es und lenkte es und zwang die Dinge, seinen Willen zu tun. Es war ungeheuerlich, wunderbar, und Wolfsblut war wie betäubt. Er hatte Angst. Wie ihm einst in seiner Kindheit, als er zum erstenmal aus der Wildnis ins Dorf des Grauen Biber gekommen war, seine Kleinheit und Unbedeutendheit zu Gemüte geführt worden war, so fühlte er sich jetzt, erwachsen und im vollen Besitz seiner Kraft, winzig und unbedeutend. Und wie viele Menschen gab es nicht! Ihn schwindelte, die emig wechsellende Menge um sich zu sehen. Das Getöse in den Straßen betäubte sein Ohr, die unaufhörliche Bewegung der Dinge verwirrte ihn. Niemand zuvor hatte er die Abhängigkeit von dem Gebieter so sehr gefühlt, dem er dicht auf den Fersen folgte, und den er um keinen Preis aus den Augen verloren hätte.

Doch einen nur traumhaften Eindruck sollte Wolfsblut von der großen Stadt erhalten, eine Art Vision, die späterhin ihn in seinen Träumen wie ein Alpdrück verfolgen sollte, denn der Herr brachte ihn in einen Gepäckwagen der Eisenbahn, und dort blieb er angefettet in einer Ecke mitten unter den ausgehäuften Koffern und Handtaschen. Ein untergeordneter, kräftiger Mann führte sehr lärmend hier das Regiment, warf Koffer und Kisten durcheinander, schleppte sie zur Tür hinein, türmte sie übereinander auf oder warf sie mit großem Getöse zur Tür hinaus und den Leuten zu die draußen darauf warteten.

Hier in dem schrecklichen Durcheinander von Gepäckstücken hatte der Herr ihn verlassen, so dachte wenigstens Wolfsblut, bis er die Reisetaschen des Herrn neben sich ausgewittert hatte und sogleich die Wache darüber übernahm.

„Es ist Zeit, daß Sie kommen.“ brummte der Mann im Packwagen eine Stunde später, als Weedon Scott an der Tür erschien. „Ihr Hund ließ mich Ihre Siebensachen nicht anrühren.“

(Fortsetzung folgt)

Je 25 Prozent einstecken. Wenn nicht durch die Beobachtungen eines Direktors der Schwinbel herausgefunden wäre, müßten diese Betrügereien zum Schaden der Gesellschaft weitergegangen sein, die sich natürlich auf ihre Kontrollen völlig verließ, wie das auch jedes andere Verkehrsunternehmen getan haben würde. Nur das beispiellose Verhalten der meisten Kontrollinstanzen — man vermutet auch ähnliche Durchstechereien auf den nördlichen und östlichen Linien der Gesellschaft — hat diesen Skandal ermöglicht. Betroffen wurde nach zwei Systemen, indem einmal die Fahrkarten überhaupt nicht entwertet, nach Beendigung der Fahrt unverändert abgenommen und sofort von neuem verkauft wurden, und zweitens, indem den Fahrgästen bereits entwertete Billetts verkauft oder an Stelle der zur Entwertung überreichten Fahrkarten in die Hand gedrückt wurden.

Nach Aufklärung der Vorgänge und Beseitigung jeder Verdunkelungsgefahr wurden die am Sonntagfrüh Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch die am Montagvormittag festgenommenen ungetreuen Angestellten, Kassierer, Kontrolloren, Schiffsführer und Ratrosen sind nach ihrer Vernehmung einseitig wieder entlassen worden. — Obgleich nun das Gros der Fahrkartenschieber entlarvt ist, ist wahrscheinlich noch mit weiteren Verhaftungen zu rechnen.

Explosionsunglück in Charlottenburg. Schwerer Sachschaden.

Durch die Explosion eines Trodenofens in der Lackfabrik von B. Hornung in der Wilmersdorfer Straße 32 zu Charlottenburg wurde gestern nachmittag ein schwerer Schadenfeuer verursacht. Menschen sind dabei glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Am vierten Stockwerk des Fabrik- und Geschäftshauses Wilmersdorfer Str. 32, Ecke Spielhagenstraße, befinden sich die Herstellungsräume der Berliner Lackfabrik. Kurz nach 17 Uhr explodierte plötzlich in der Lackspinnerei ein Trodenofen, und mehrere Stichflammen durchschossen die Fabrikanlagen, die im Nu in hellen Flammen standen. Durch den starken Luftdruck wurden die Fensterkreuze und Teile des Mauerwerkes auf die Straße geschleudert. Einigen Arbeitern, die im Augenblick der Explosion in einem Nebenraum beschäftigt waren, gelang es noch rechtzeitig, das Treppenhaus zu gewinnen. Die Feuerwehr rückte auf den Alarm „Großfeuer“ und „Menschenleben in Gefahr“ mit einem großen Aufgebot von Böschzügen an. Als die Wehren an der Brandstätte eintrafen, war der obere Teil des Hauses derart in Rauch gehüllt, daß es zuerst den Anschein hatte, als ob die gesamten oberen Stockwerke und das Dach in Flammen ständen. Zum Glück bewahrte sich die Vermutung nicht. Leber die verqualmten Treppenhäuser und eine mechanische Leiter wurde das Feuer mit mehreren Schlauchleitungen angegriffen; nach verhältnismäßig kurzer Zeit konnte es auf seinen Herd beschränkt werden.

Die von dem Feuer betroffenen Fabrikräume sind vollständig ausgebrannt; der Schaden ist sehr beträchtlich.

Die Dzeanflieger beim Stahlhelm. Schwarzweiße Demonstration zu ermäßigten Preisen.

Die deutschen Dzeanflieger waren gestern Abend einer Einleitung des Stahlhelms zu einer Kundgebung im Sportpalast gefolgt. Lange vor Beginn der Feier war die Schutzpolizei mit mehreren Hundertschaften zur Stelle, um den Andrang zu regeln. In der Potsdamer Straße sammelte sich eine große Menschenmenge, die auf die Gelegenheit wartete, die Dzeanflieger zu sehen. Die Menschenmenge nahm offen gegen den Stahlhelm Partei. Die Stahlhelm-Kundgebung wies übrigens eine mehr als mäßige Beteiligung auf. Kurz vor Beginn der Feier wurden die Kartenpreise fast um die Hälfte herabgesetzt. Für den 5-Mark-Blog wurden nur noch 3 M. verlangt. Es half aber alles nichts. Die Menge wollte nur die Flieger sehen und war im übrigen von der Stahlhelm-Kundgebung wenig begeistert. Mit erheblicher Verpöndung iraten die Flieger im offenen Auto ein. Sie wurden von der Menschenmenge mit Hochrufen begrüßt. Das Auto, in dem die Stahlhelmführer saßen, wurde mit Pfeifen und Bösen empfangen. Aus dem Hof des Sportpalastes nahmen die Dzeanflieger die Front einer aufgestellten Ehrenkompanie ab. Dann zogen sie mit den Bönen in den Sportpalast ein.

Hoffentlich lassen sich die Flieger die Episode, die sie gestern erlebt haben, zur Lehre dienen. Das Volk ist gern bereit, die Leistung von Männern, die, wie man sagt, ganze Kerle sind, freudig anzuerkennen. Aber das Raubheidentum und die Raubmethoden des Stahlhelms werden eindeutig abgelehnt, und es wird bedauert, daß die Flieger sich in die Gesellschaft dieser Sorte von Menschen begeben haben.

Volkstest der Partei in Weissensee.

Mit einem großen Festumzug und einem Volkstest feierte am Sonntag der Kreisverein Weissensee der Sozialdemokratischen Partei den Sieg der Sozialdemokratie bei den Wahlen am 20. Mai. Die ganze Veranstaltung stand unter der Devise: „Dem Sieg entgegen.“

Bei herrlichem Sonnenschein traf sich die Parteigenossen um 2 Uhr an der Prenzlauer Promenade. Mit den Parteiflaggen und mehreren Musikkapellen wurde ein Umzug durch Weissensee veranstaltet. Der Zug wurde begleitet von einem Trupp, der in der malerischen Tracht der Kadetten gekleidet war. Der Umzug endete am Schlossgarten in Weissensee. Dort begann das Volkstest mit Konzerten und Kinderspielen. Vor dem Kinderspielplatz wurde mit vielen hundert Lauden ein großes Schauspiel vorgeführt. Kritikenführungen wechselten ab mit Vorführungen der freien Turnerschaft, Reutlinger Arbeiter-Schwimmvereine trugen mit Wasserpielen und mit einem Federball zur Ausgestaltung des Programms bei. Bei Einbruch der Dunkelheit fand die Kinder ein Fadelzug um den See statt. Die Festrede hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser. Der 20. Mai, so führte der Redner aus, hat der Sozialdemokratie einen großen Stimmenzuwachs gebracht. Noch aber reicht unsere Stärke nicht aus, um allein die Regierungsgeschäfte in die Hand zu nehmen. Noch immer haben hunderte Tausende Arbeiter bürgerlich gewählt. Darum gilt es weiter zu arbeiten und zu arbeiten. Unsere Aufklärungsarbeit ruht auch nicht, in den Jahren, wo keine Wahlen zu erwarten sind. Wir arbeiten weiter an der Durchdringung des Volkes mit den Ideen des Sozialismus. Von Tag zu Tag müssen wir normierte kommen: „Dem Sieg entgegen.“ Das Abendprogramm brachte dann noch Vorführungen des Bewegungsschors Gaban, der Arbeiterjugend und des Sprechchors für proletarische Freierstunden, der unter Leitung von Albert Florath den Sprechchor von Franz Köhnenfelder „Rahnen“ zum Vortrag brachte. Es war ein reiches, in jeder Beziehung gelungenes und erfreuliches Volkstest, ausgezeichnet vorbereitet und mit großer Liebe und Hingabe durchgeführt. Die Teilnehmer werden sich des Festes noch lange erinnern.

Einer unserer Alten, der Weber Wilhelm Richter, geb. 12. Januar 1837, Berlin, zuletzt bei seinem Sohn Georg Richter, Bornsdorfer Straße 54, wohnhaft, hat die Augen für immer geschlossen. Er war einer der Besten. Die Partei wird ihn nicht vermissen.

Das große Karstadt-Projekt.

Zustimmung des Haushaltsausschusses.

Das große Projekt der Rudolf Karstadt A.-G., ihren Zentralfestlauf und ihre Verwallung von Hamburg nach Berlin zu verlegen, beschäftigte gestern den Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung in mehrstündiger Beratung. Bekanntlich hat die Karstadt A.-G. bereits umfangreiche Grundstückskäufe zwischen der Neuen Königstraße und der Keibelstraße für diesen Zweck vorgenommen. Es fehlt nur noch das zur Verwallung erforderliche Grundstück, auf dem sich zurzeit die Städtische Volksschule in der Keibelstraße befindet. Der Magistrat schlug nunmehr vor, dem Karstadt-Konzern dieses Gelände zu übereignen, falls er dafür das gesamte zur Anlage der neuen Straßenfluchten erforderliche Gelände an die Stadt abträte.

Die Bedeutung dieses Projektes für die Reichshauptstadt ist außer Frage. Das neue Verwaltungsgelände der Karstadt A.-G. wird etwa 18 bis 20 Millionen Mark kosten. Durch einen solchen Bau, der vertragsgemäß innerhalb vier Jahren fertiggestellt sein soll, wird vielen Hunderten von Arbeitern und Angestellten Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Zweitausend Angestellte werden später dauernd in diesem Betrieb Arbeit finden. Der gesamte Einlauf des Konzerns wird sich in Zukunft in Berlin konzentrieren. Alles in allem genommen wird man nicht zu hoch greifen, wenn man annimmt, daß der Stadt Berlin durch Verlegung der Verwaltung der Karstadt A.-G. allein an neuen Steuern jährlich zehn Millionen zuzufügen werden. Dazu kommt, daß das großzügige Projekt die häußliche Regulierung der Gegend um den Alexanderplatz in einem ganz unerwarteten Maße fördern wird. Die Neue Königstraße wird auf 32 Meter verbreitert, und der Bau dieses

Monumentalgebäudes wird für die weitere Umgestaltung der Gegend den entscheidenden Anstoß geben.

Der Widerstand gegen das Projekt kam im Haushaltsausschuß natürlich von der Wirtschaftspartei und den mittelfränkischen eingestellten Mitgliedern der Deutschen Nationalen. Sie behaupten, daß der „unproduktive“ Betrieb des neuen Warenhauses zahlreiche „produktive“ Kleinbetriebe vernichten würde. Gegen solche volkswirtschaftliche Verböhrtheit halten keine Gründe, auch nicht der Hinweis darauf, daß der Bau der Warenhäuser des Karstadt-Konzerns ja ohnedies gesichert sei, und daß es sich hier nur um die Verlegung der Verwaltung handle.

Die Sozialdemokratie begrüßte das Projekt im Interesse der Stadt und ihrer arbeitenden Bevölkerung. Sie hatte nur Bedenken gegen den geforderten Erwerb eines Teiles der Wertzuwachssteuer, weil sie aus grundsätzlichen Erwägungen heraus keinen derartigen Präzedenzfall schaffen wollte. Sie beantragte daher, die Wertzuwachssteuer nicht zu erlassen oder niederzuschlagen, sondern die Kosten des übereigneten Straßengeländes gegen die Kosten der Steuer aufzurechnen. Ein entsprechender Antrag wurde angenommen. Der Haushaltsausschuß stimmte daraufhin der Vorlage zu, gegen eine kleine Minderheit der Deutschen Nationalen und der Wirtschaftspartei bei teilweiser Stimmenthaltung der Kommunisten, die sich in den zur Erörterung stehenden großen Problemen offenbar nicht ganz zurechtfinden. Es besteht kein Zweifel, daß die Stadtverordnetenversammlung gleichfalls ihre Zustimmung erklären wird und das damit eines für die künftige wirtschaftliche Entwicklung Berlins bedeutendsten Projektes seiner Bewirkung entgegengeht.

Ferien- und Reisezeit

Während der Ferien- und Reisezeit kann der „Vorwärts“ und der „Abend“ auf jede Dauer allorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit bis zu einer Woche per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 10 Pf., Sonntags 15 Pf. (pro Woche 70 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ auf dem billigeren Wege der Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementbetrage die Postgebühren von 72 Pf. pro Monat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabe bei der Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten

wird der „Vorwärts“ durch Boten zugestellt. Genaue Berechnung der Laube ist jedoch erforderlich. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Nur Nobile gerettet!

Die schwedische Hilfsaktion.

Wie die italienische Gesellschaft in Oslo mitteilt, bezieht die Nachricht, daß zwei Mitglieder der Italo-Mannschaft gerettet worden seien, auf einem Irrtum. Gestern wurde nur General Nobile selbst gerettet.

In Rom kam ein Bericht Nobiles selbst an, der belag: „Als Leutnant Lundborg bei unserem Zeit Landete, sagte ich ihm, er sollte erst Cecloni mitnehmen, dann Schunel, dann Troioni und dann mich selbst, und endlich Biglietti und Biagi. Lundborg lehnte dies ab und teilte mir mit, er habe Befehl erhalten, zuerst mich mitzunehmen, damit ich die zu der Suche nach den anderen nötigen Angaben machen könne. Er und meine Kameraden bestanden darauf, daß ich zuerst abfliegen sollte. Ich gab widerwillig nach.“

Von der „Gitta di Milano“ wurde folgende Meldung über den Zustand Nobiles bekanntgegeben: Unvollständiger Bruch des rechten Schambeins mit geringer Verletzung der Knochenanteile, der jedoch bereits in Heilung begriffen ist. Verrentung des rechten Fußes mit Sehnenzerreißung.

Man trifft bei den schwedischen Behörden in Stockholm Vorkerkungen, um neues Flugmaterial nach Spitzbergen zu senden.

Das unaufgeklärte Mibi.

Der Fall Gleißner-Pernetta.

Noch immer ist der geheimnisvolle Tod des Osthändlers Pernetta unaufgeklärt. Staatsanwaltschaft, Untersuchungsrichter und Verteidigung forschen verschiedenen Fragen nach, von deren Beantwortung man die Lösung des Rätsels erwartet.

Wann ist Pernetta gestorben? Der Arzt, der am Todestage in später Nachtstunde die Leiche obduzierte, äußerte, daß der Tod etwa um 8 Uhr abends eingetreten sei. Der Staatsanwalt vertritt jetzt die Ansicht, daß der Osthändler schon um 3 Uhr nachmittags gestorben sei.

Wie richtete er mit Gleißners Mibi? Er will schon vor 24 Uhr in seiner Wohnung gewesen sein, jetzt behauptet seine Frau, er sei erst um 24 Uhr nachmittags nach Hause gekommen und deshalb von der Krankenschwester, die ihr bei ihrer bevorstehenden Entbindung beistehen sollte, gescholten worden. Krankenschwester und Dienstmädchen sollen jetzt über diesen Punkt gehört werden. Weiter gilt Gleißner an, er habe die Zeit von 1 bis 4 Uhr nachmittags zur Heimfahrt von seinem Geschäft am Alexanderplatz nach Richterstraße vermerkt. Die Straße bis zum Potsdamer Platz will er mit der Straßenbahn, die vom Potsdamer Bahnhof nach Richterstraße mit der Bororibahn, den Rest des Weges mit einem Auto zurückgelegt haben. Jetzt wollen Verteidiger und Untersuchungsrichter den interessanten Versuch machen, die Straße einmal mit den Gleißner angegebenen Verkehrsmitteln und zum anderen Mal mit einem Auto für die ganze Straße zurückzulegen, um die Zeiten nachzuprüfen.

Wie steht es mit der geheimnisvollen Waffe, durch die Pernetta starb? Die Staatsanwaltschaft will ein neues Belastungsmoment gegen Gleißner gefunden haben. Renne Wochen vor dem Tode des Osthändlers hat Gleißner einen Waffenschein für sich beantragt, ließ sich aber bei der Begründung, wozu er ihn gebrauchen wollte, in Widersprüche verwickeln haben.

Was wird die Obduktion der exhumierten Leiche ergeben? Die Gerichtsärzte Dr. Störmer und Dr. Freyher von Wahrenholz haben die erste Obduktion gestern vorgenommen. Die Leiche war, trotzdem sie 13 Monate in der

Erde gelogen hatte, noch soweit unversehrt, daß sich verschiedene Feststellungen machen lassen konnten. Die Regel sah tief hinter im Schädel. Ein sofortiges Gutachten über die Schußrichtung vermochten die Gerichtsärzte nicht zu ertasten, da die Fleischmassen bereits vollkommen erweicht sind. Die Gerichtsärzte müssen daher die Knochenreste genau untersuchen und haben sich die Erstattung eines schriftlichen Gutachtens bis zum 15. Juli vorbehalten.

Autobusunglück in der Sächsischen Schweiz. Ein Beiwagenführer tot, 3 Schwere, 5 Leichtverletzte.

Bad Schandau, 25. Juni.

Auf der teilweise sehr heißen Straße von Hohnstein nach Porsdorf in der Sächsischen Schweiz fuhr am Montag nachmittag ein großer Postautobus mit Anhänger gegen das Straßengelände, durchbrach es und stürzte die Böschung hinab. Der Führer verunglückte tödlich. Mehrere Personen sind teils schwer, teils leichter verletzt. 70 Personen hatten vorher den Wagen verlassen, um zu Fuß zu gehen, sonst wären die Folgen noch bedeutend schwerer gewesen. Die Verwundeten wurden nach Anlage von Notverbänden in das Schandauer Stadtkrankenhaus gebracht. Die Ursache ist noch nicht geklärt. Wir erhalten aus Hohnstein folgenden Eigenbericht:

Auf der Straße von Hohnstein nach Bad Schandau, an der sogenannten „Senke“, ereignete sich am Montag mittag gegen 1 Uhr ein schwerer Autounfall. Eine Gesellschaft sächsischer Schuttmacher hatte von Hohnstein, dem Logierungsort, aus eine Autopartie nach Hohnstein unternommen. Nach dem Mittagessen in Hohnstein trennten sich 70 Personen, um eine Fußwanderung nach dem Brand zu machen; die übrigen fuhren in der Richtung nach Bad Schandau weiter. An der „Senke“ erfolgte durch eine Fehlführung ein Knall, dabei schaute ein Pferd eines vorüberkommenden Fuhrwerkes, hierdurch wurde die an sich sehr schmale Straße gesperrt und die beiden Wagen, ein Postauto mit Anhänger sowie ein Eisenbahnkraftwagen mit Anhänger auf die Seite gedrückt. Der Postwagen trennte schnell, dadurch fuhr der Eisenbahnkraftwagen Nr. 1 K 37 957 auf das Postauto auf. Der Anhänger des Postwagens samt dem Eisenbahnkraftwagen und seinem Anhänger wurden in einen etwa zehn Meter tiefen Abgrund gerissen. Es wurden drei Personen schwer und fünf leicht verletzt; der Führer Fritz Hohl, der absprang, wurde von den drei Wagen mit in die Tiefe gerissen und erschüttert. Der Eisenbahnkraftwagen überlag sich die Verletzten wurden durch die Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz verbunden und nach dem Krankenhaus in Bad Schandau geschafft.

Menschenverluste beim Wassersport.

Vier Ruderer ertrunken. — Drei Segler spurlos verschwunden.

Am Sonntagabend verunglückten auf dem Müritzersee in der Nähe von Rudow bei dem harnischen Weiter drei Ruderboote des Rudervereins „Röbel“. Sämtliche drei Boote schlugen um. Der größte Teil der Insassen konnte gerettet werden. Vier Personen fanden den Tod in den Wellen.

In Pillau verließ am Sonntag früh 8 Uhr eine Nacht aus Elbing den Hafen zur Fahrt nach Danzig. An Bord befanden sich die Stadtkretzler Berner, Rabowitz und Schutzpolizeialtist Klingenberg. Die Nacht wurde bei Rahlberg um 2 Uhr nachts in beschädigtem Zustande ohne Mannschaft an dem Strand getrieben. Ueber den Verbleib der drei Herren fehlt jede Nachricht.

Bei einer Segelpartie, die der Kaufmann Rudolf Boggendorf aus Strallund am Sonntagnachmittag mit seiner Frau nach der Insel Hiddensee unternahm, verunglückte der Kaufmann Boggendorf. Kurz vor der Insel machte er sich an der Tafelung zu schaffen, verlor das Gleichgewicht und stürzte ins Wasser. Infolge Herzschlages ging er sofort unter. Die Leiche wurde geborgen.

Ferienkursus der Arbeiterbildungsschule.

Vom 19. bis 25. August findet in Oberitzmühle bei Treuenbude der diesjährige Ferienkursus statt. Das Thema für die Arbeit lautet „Theorie und Praxis des Klassenkampfes“. Leiter der Arbeitsgemeinschaft ist der Genosse Dr. Gregar Biersack. Genossen, die ihre Ferienzeit zur Schulung und Erweiterung ihres Wissens benutzen wollen, können sich noch zur Teilnahme melden. Die Kosten (Fahrtgeld, Unterkunft,

Für die Reise

Wanderungen und des Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnbürste und die dazu gehörenden Chlorodont-Zahnpasten mit gerahmtem Borstenkamm zur Beseitigung festsitzender Speisereste in den Zahnschmelzräumen und zum Weichwerden der Zähne. Die gelblich gelbe Chlorodont-Zahnbürste von hoher Qualität, für Erwachsene 1.25 M., für Kinder 75 Pf., in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung überall erhältlich.

Probleme der Arbeiterbank.

Der Sinn der Arbeiterbank und die Unzulänglichkeit einer gutgemeinten Kritik.

Dr. Felix Pinner, der Wirtschaftskritiker des „Berliner Tageblatts“, hat den kürzlichen Personenwechsel in der Leitung der Arbeiterbank zum Anlaß genommen, an der Politik der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. ernüchterte und scharfe Kritik zu üben. Die Arbeiterbank darf Pinner für diese Kritik dankbar sein. Denn weil Pinner nicht der nächste und vor allem kein überflüssiger Kritiker ist, weil die Diskussion in einem Moment aktueller Interessiertheit der Öffentlichkeit erfolgt, kann die Arbeiterbank durch eine Klärung der mit ihrer Tätigkeit und ihren Aufgaben verknüpften Probleme nur gewinnen.

Was sagt Dr. Pinner über die Arbeiterbank?

Pinner hält eine eigene Bank der freien Gewerkschaften, wie sie die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, darstellt, aus ökonomischen Gründen für gerechtfertigt. Die Konzentration der Kampfgelder der Gewerkschaften bei einer eigenen Bank erscheint ihm sinnvoll, weil die Liquidität bei einer konzentrierenden und ausgleichenden Arbeiterbank nicht so groß zu sein (braucht), wie die Liquidität isolierter Anlagen der Einzelgewerkschaften bei fremden Banken. Insofern stelle „der Gedanke der Arbeiterbank unzweifelhaft ein wichtiges Prinzip mäßigender Anlagemittelschaft dar“. Als die „eigentlichen Aufgaben“ der Arbeiterbank bezeichnet Pinner die „möglichst liquide und dabei jederzeit möglichst ertragreiche Anlage der gewerkschaftlichen Kampffonds“. Aber

Pinner hat gegen die praktische Politik der Arbeiterbank Bedenken.

Er stellt die Frage, ob die Arbeiterbank sich im Rahmen dieser Aufgabe gehalten oder sich zur Expansion, auf das Gebiet der „Konzernbilderei“, zu wirtschaftlicher „Zweck- und Eigenmachtpolitik“ hat verlocken lassen. Pinner verneint die erste und glaubt die zweite Frage bejahen zu müssen, obwohl er betont, daß die bisherigen Schritte auf das Gebiet der zweck- und machtpolitischen Konzernbildung noch ziemlich zurückhaltend und tastend waren. Er weist dabei hin auf den Erwerb der Vindor-Fahrradwerke — den er allerdings zu Unrecht einen kaum hochprozentig gelungenen Versuch nennt, wie Entwidlung und Abschluß beweisen. Er nennt weiter die agrargenossenschaftliche Heimbank A.-G., deren Förderung die Arbeiterbank beabsichtigt, und er entwirft schließlich seine These, daß die Arbeiterbank sich auf das Gebiet der Konzernbilderei, zu wirtschaftlicher Zweck- und Eigenmachtpolitik habe verlocken lassen, in scharfer Weise an.

Majoritätserwerb der Arbeiterbank an der hannoverschen Bodenkreditbank.

Unter der Bedingung, daß eine Arbeiterbank in der kapitalistischen Wirtschaft kapitalistische Geschäfte machen wolle, sei auch dieser Erwerb weder eine Prinzipien- noch eine Stilwidrigkeit. Weil es aber fraglich sei, ob man dabei die nach der Natur einer Arbeiterbank zu erstrebenden Vorteile erreicht und ob man dabei im Rahmen der eigenen Bedürfnisse und natürlichen Bedürfnisse einer Arbeiterbank bleibe, deshalb könnten die Ansichten gerade im Falle der Beteiligung an einer einzelnen privaten Hypothekbank auseinandergehen. (Nebenbei sei bemerkt, daß nach unserer Kenntnis über die grundsätzliche Zweckmäßigkeit einer eigenen Hypothekbank im Gegensatz zu Pinner's Meinung in der Arbeiterbank keine Differenz bestand.) „Wer, wie die Arbeiterbank, große und gute Kapitalien zu vergeben hat, kann sich jederzeit keine Schuldner aussuchen“, könne auf dem Pfandbriefmarkt genügend erstklassiges Material in guter Mischung und mit ausgleichbaren Risiken finden, brauche sich nicht der Gefahr auszusetzen, daß ihm die Gewerkschaften schließlich einmal die Gefolgschaft kündigen, weil sie nicht immer ein und dasselbe Papier erwerben wollen. Dazu komme bei einer konzentrierenden Verbindung der Arbeiterbank zu einzelnen Hypothekbanken, abgesehen von möglichen Kapitalmarktstimmungen mit eventuell notwendigen Kursregulierungen, die Gefahr der Immobilisierung der besonders liquide zu haltenden gewerkschaftlichen Lohnkampffonds, die in Krisen besonders dringend werden könne.

Das dritte Gleis zum Sozialismus: Zweifelhafte Sozialkapitalismus.

Pinner kommt dann abschließend zu folgenden Feststellungen: Wenn Ansehen nach lägen die Anfänge nur zu einer prinzipiell unlogischen und nicht ungefährlichen Verquickung zwischen einer rein finanztechnisch zu handhabenden Anlagepolitik für die Mittel der gewerkschaftlichen Lohnkampffonds auf der einen Seite und einer mit den Mitteln kapitalistischer Konzernierungspolitik arbeitenden Zweckenden zu der anderen Seite, die sich wahrheitlich zu ihrer Rechtfertigung einbilde, dem reinen Kapitalismus zugunsten der Sozialwirtschaft Terrain abzugewinnen. Darin könne etwas als Sozialkapitalismus erblickt werden, neben der Konzentrationsstendenz und dem Staatskapitalismus gewissermaßen ein drittes Gleis in den Sozialismus, auf welchem durch eigene Unternehmungen mit Arbeiterkapital der Mehrwert zwar nicht abgehafft, aber wie der Befehl der damit verbundenen Produktionsmittel auf Arbeitnehmerkreise übergeleitet werde. Solcher Sozialkapitalismus begehe sich aber in direkte Lebensgefahr, wenn er sich von dem stürmischen Expansionismus des heutigen Hochkapitalismus sein Expansionsstempo vorzueben und auch jederseits in Konzernnen und Trusten diesen Hochkapitalismus mitmachen und nachahmen will. Das könne besonders folgenschwer für die Anlage der gewerkschaftlichen Lohnkampffonds werden, wenn hier der eine (und nach Pinner hauptsächlich) Zweck durch den anderen gefährdet werde.

Soweit die ernst und gutgemeinte Kritik Pinner's.

Kritik der Kritik.

Wir haben die Kritik ausführlich und im Zusammenhang wiedergegeben, um die Unzulänglichkeit der Voraussetzungen, auf denen Pinner sein kritisches Gebäude aufgebaut hat, um so einfacher dazun zu können.

Pinner hat recht mit seiner Forderung, daß die Liquidität, d. h. die jederzeitige Greifbarkeit von gewerkschaftlichen Kampffonds eine unbedingte Notwendigkeit ist. Aber Pinner irrt in der für seine ganze Kritik entscheidenden Behauptung, daß die „finanztechnisch zu handhabende Anlagepolitik für die Mittel der gewerkschaftlichen Lohnkampffonds“ der Sinn und die Aufgabe der Arbeiterbank sei. Die Vermögen von Gewerkschaften sind zwar ein wichtiger, aber doch nicht mehr als ein Bruchteil der heutigen

90 Millionen der Arbeiterbank, und dieser Bruchteil wird prozentual um so kleiner, je länger die Arbeiterbank tätig ist. Die Arbeiterbank hat heute bereits annähernd 40 000 Einlegerkonten. Zunehmend sind sämtliche Gewerkschaftsgelder schon allein durch Bankguthaben und festverzinsliche Wertpapiere sehr weitgehend gedeckt. Die gesamten 90 Millionen „fremden“ Mittel sind aber heute so angelegt, daß kaum mehr als 10 Proz. hinsichtlich ihrer termingerechten Rückzahlung wirklich den Einflüssen der Markt- und Konjunkturbewegung ausgesetzt sind, wobei es sich bei diesen 10 Proz. in der Hauptsache noch um Kreditnehmer handelt, die als Arbeiterunternehmungen eine besondere Rückendeckung haben.

Die Hauptvoraussetzung von Pinner's Kritik widerspricht also den Tatsachen.

man wird in Deutschland eine Privatbank suchen müssen, bei der die Gelder der Rundschaft ähnlich geringen Risiken ausgesetzt sind wie bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin.

Damit hört aber auch die von Pinner für den Erwerb der hannoverschen Bodenkreditbank aus seiner Voraussetzung gemachte Ruhnwendung auf, stichhaltig zu sein. Es bedarf nur einer dem jetzigen Umfang der Bank durchaus angemessenen Erhöhung des Eigenkapitals beispielsweise von 4 auf 10 Millionen Mark, um den Wertanfall sämtlicher Beteiligungen der Arbeiterbank, einschließlich der Hildesheimer Hypothekbank, weit zu überdecken. Diese Kapitalerhöhung ist für eine aufstrebende Bank mit halb 100 Millionen Einlagen und nur 4 Millionen Kapital schon eine äußerliche Selbstverständlichkeit und ist keineswegs erforderlich, um etwa der von Pinner der Arbeiterbank unterstellten kapitalistischen Konzernpolitik einen Rückhalt zu geben. Uebrigens ist diese

Konzernpolitik der Arbeiterbank ein Märchen.

Pinner hat nirgends gesagt, wo die Arbeiterbank „von dem stürmischen Expansionismus des heutigen Hochkapitalismus“ sich ein Ausdehnungsstempo vorschreiben läßt und wer in den die Arbeiterbank beherrschenden Gewerkschaften die kapitalistischen Konzerne, Trusts und „die sonstigen schwer zu handhabenden und in unübersichtlicher Weise kapitalstreffenden Verschlingungen dieses Hochkapitalismus mitmachen und nachahmen will“. Gerade bei der Beherrschung einer bisher privaten Hypothekbank braucht keine Rede davon zu sein, daß die Politik der Arbeiterbank mit der zweckmäßigen Anlage von Gewerkschaftsgeldern in Widerspruch kommen muß. Eine solche Hypothekbank tritt ja mit ihrem Pfandbriefangebot auf den freien Kapitalmarkt hinaus und beschafft von hier aus langfristige gewerkschaftsfremde Gelder etwa für hypothekarische Kredite. Die Liquiditätsstörungen und Kursverluste bei Klemmen auf dem Kapitalmarkt, die bei jeder Hypothekbank auftreten können, sind praktisch keineswegs geringer, das hat das letzte Jahr bei den öffentlichen Banken deutlich bewiesen, wenn es sich um festverzinsliche Papiere einer fremden statt einer naheliegenden Hypothekbank handelt.

Der wirkliche Sinn der Arbeiterbank.

Es scheint uns aber, daß Pinner nicht zufällig den „Sinn der Arbeiterbank“ so begrifflich und tafelmäßig eng definiert hat. Zwar korrigiert er sich selbst, wenn er von einer möglichen „Sozialwirtschaft“ vermöge der Arbeiterbanken spricht, die er allerdings als Sozialkapitalismus bezeichnet. Es fällt Pinner nicht auf, daß Sozialkapitalismus im Sinne eines gesellschaftlichen, damit auch gemeinwirtschaftlichen Kapitalismus in der Tat etwas rein Sozialistisches sein kann; denn die kapitalistische Form braucht den sozialistischen Inhalt nicht zu behindern. Keineswegs ist es so, daß die Unternehmenseigenschaft der Gewerkschaften, das gilt auch für die gewerkschaftseigene Arbeiterbank, sich „zu ihrer Rechtfertigung einbilden“ muß, „den reinen Kapitalismus zugunsten der Sozialwirtschaft Terrain abzugewinnen“. Wir glauben, daß Pinner den Sinn der Arbeiterbank deshalb so eng und damit falsch bestimmt, weil das

vergesellschaftete Wesen der Arbeiterbank heute theoretisch nicht voll erkannt wird, weil Pinner die revolutionierende Funktion der Gewerkschaften als Unternehmer nicht voll bemerkt ist. Er sieht hier im wesentlichen nur eine Analogie zum kapitalistischen Wirtschaften.

Wo Gewerkschaften eigenes Kapital zum Unternehmungskapital machen, da schalten sie in demselben Maße, in dem durch den Marktampf mit dem Privatkapital auf das Unternehmungskapital der Gewerkschaften Gewinne erzielt werden, die Bildung privater Kapitalrenten aus. Der „Mehrwert“ hört in der Tat im Umkreise der Gewerkschaftsunternehmungen auf, nach privatisiert zu werden. Er wird nicht mehr Rentenquelle, sondern sofort Kapital, und wenn auch korporatives Kapital der Gewerkschaften, so doch in vollem Umfang produktives gesellschaftliches Kapital, das seinen privaten Rentenbezieher mehr kennt.

Machen wir uns das gerade am Beispiel der Arbeiterbank, der von ihr beeinflussten Hypothekbank und der von beiden zu bedienenden gewerkschaftlichen Wohnungs- und Bauwirtschaft klar. Hier bestanden in der analogen Privatwirtschaft vier „Mehrwert“, oder private Kapitalrentenquellen:

1. die Hausbesitzerrente aus dem Mietzins für das Andienen der Wohnung,
2. die Kapitalrente der privaten Hypothekbank aus der Vermittlung der Hypothekdarlehen,
3. die Kapitalrente des Bauunternehmers aus der kapitalistischen Verwertung der Arbeitskraft seiner Belegschaften,
4. die Kapitalrente der privaten Kreditbank, die die Zwischkredite für die Bauausführung beschafft.

Alle diese Funktionen werden heute von arbeitereigenem Kapital in äußerlich kapitalistischen Formen in arbeitereigenen Unternehmungen ausgefüllt. Alle diese privaten Kapitalrenten fließen und fließen größtenteils aus Arbeitsertrags- und Zinsertragsabzügen, die den arbeitenden und spenden breiten Massen oder gar direkt dem Gewerkschaftsvermögen gemacht wurden und werden.

Alle diese Kapitalrentenquellen werden im Umkreise arbeitereigener Unternehmungen befestigt.

Somit nur Gewerkschaftsvermögen in gewerkschaftlichen Bauherrenorganisationen, Hypothekbanken, Bauunternehmungen und Kreditbanken als Unternehmungskapital erfolgreich tätig wird; sie werden um so schneller befestigt, je weiter Arbeiterbanken die früher anderen Stellen zustehenden Gelder und Kapitalien zu erfassen und „zweckwirtschaftlich“ zu lenken verstehen. Sie verschwinden aber nur als privatkapitalistische Rente, nicht als Kapital, nur als privatkapitalistischer Abzug vom Zins- oder Arbeitsertrag, nicht als endgültige produktive Kaufkraft der Massen. Sie werden auf einer höheren Stufe gesellschaftlicher Wirtschaftsorganisation Kapital oder Kaufkraft, als sie es in privatkapitalistischer Verwertung werden konnten, und da ökonomisch sie ohne Dazwischentreten eines privatkapitalistischen Eigentümers und Nutznießers wirksam werden, werden die „Gewinne“ von Gewerkschaftsunternehmungen sofort gesellschaftliches Kapital, hört in der Tat im Umkreise der Gewerkschaftsunternehmungen der privatkapitalistische Sinn des „Mehrwerts“ auf.

So muß Pinner in der Tat zum Vorwurf gemacht werden, daß er bei seiner Kritik der Arbeiterbankpolitik diesen Sinn der Arbeiterbank vernachlässigt hat. Die Politik der Arbeiterbank ist, je länger, desto mehr, nur aus diesem Gesichtspunkt zu machen und zu kritisieren. Die Anlage von Gewerkschaftsgeldern ist nicht die Aufgabe der Arbeiterbank, eine so selbstverständliche und sicher zu lösende Aufgabe sie auch ist. Analogien aus der privatkapitalistischen Wirtschaft können lehrreich sein, sie können aber nichts beweisen, denn die gewerkschaftliche Sozialwirtschaft ist bei ähnlichen äußeren Formen eine Wirtschaftsweise anderer und höherer Art als die privatkapitalistische. Klingelhöfer.

Deutsche Diskontermäßigung?

Ein Versuchsballon.

Die „Konjunktur-Korrespondenz“ bringt eine Mitteilung, nach der man in unterrichteten Berliner Finanzkreisen der Ueberzeugung ist, daß in absehbarer Zeit eine Stellungnahme der Reichsbank zur Frage der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts akut werden wird. Die Reichsbank warte offensichtlich den Verlauf des Halbjahreschlusses und seine Abwicklung ab. Man erwarte in diesen Kreisen die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6½ Proz. Wenn der Juni-Ultimo glatt verlief, sei die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts wohl sicher zu erwarten.

Wir haben den Eindruck, daß es sich bei dieser Meldung noch mehr um einen Versuchsballon von interessierten Kreisen handelt, als um eine mehr oder weniger feststehende Absicht der Reichsbank. Jedenfalls scheint uns aber der Versuchsballon zur rechten Zeit zu steigen, denn eine Verbilligung des Kredits könnte zur Erhaltung der Konjunktur bzw. zur Verlangsamung ihres Abtriebs eine sehr zweckmäßige Maßnahme sein. Nicht nur die Kreditlage der Reichsbank, sondern auch die sehr beträchtliche Stärkung der Währungsreserven, die die Reichsbank im letzten halben Jahre vorgenommen hat, lassen eine Diskontermäßigung zu.

Zeitungspapier unter die Truffknote!

Ein Weltmonopol in Vorbereitung.

Der Gedanke eines internationalen Papiertrusts ist nicht neu. Schon vor zwei Jahren verhandelten die deutschen und skandinavischen Zeitungspapierindustrien über einen internationalen Zusammenschluß, kamen jedoch zu keinem Ergebnis, da Kanada und die Vereinigten Staaten, die beide die gesamte europäische Produktion von Zeitungspapier um die Hälfte übertreffen, sich noch nicht verhandlungsbereit zeigten.

Jetzt aber hat sich das Blatt gründlich geändert. Auf der kürzlich in Kopenhagen abgehaltenen Versammlung der internationalen Zeitungspapierindustrien waren die Amerikaner die eifrigsten Vertreter eines internationalen Zusammenschlusses auf breiter Basis. Der Plan, der in Kopenhagen zu Rug und Gedeihen des Trustprojekts ausgeheckt wurde, ist recht sauber. Jedes Land soll

seine Exportquote und Exportgebiete vorgeschrieben bekommen, und da somit automatisch die Konkurrenz aufhört, sollen „angemessene“ Preise festgesetzt werden. Wie diese angemessenen Preise aussehen werden, zeigt das Beispiel der amerikanischen Fabrikanten, die den Preis für Zeitungspapier schon jetzt von 65 auf 70 Dollar herausgeschraubten, wodurch ihnen ein jährlicher Mehrertrag von etwa 30 Millionen Mark zuwächst. Um Preislenkungen um jeden Fall zu vermeiden, wird bei bevorstehender Ueberproduktion den beteiligten Ländern eine Drosselung der Produktion vorgeschrieben.

Kommt in Kopenhagen ein Vertrag zustande, so wird in kurzer Zeit auf dem Zeitungspapiermarkt ein Welttrust entstehen, der nicht zögern wird, seine Monopolstellung gegen die Zeitungsvorleger aller Länder rücksichtslos auszunutzen.

Scharfer Kapitalstich bei den Berlin-Karlsruher Industrie-Veren. Der Aufsichtsrat der aus dem Ludwig-Löwe-Konzern hervorgegangenen Berlin-Karlsruher Industrie-Veren A.-G., die bis zum Kriegsende den Roadster-Veren als Deutsche Waffen- und Munitionsfabrikanten bekannt waren, hat beschlossen, das Aktienkapital von 30 auf 15 Millionen herabzusetzen. Dieser Beschluß kommt nicht überraschend, denn die Gesellschaft, die 1924 bei der Umstellung auf Goldmark ihr Kapital nicht zusammengelegt und das aus der Friedenszeit übernommene, für die Zeit der Stabilisierung aber ungenügend hohe Kapital von 30 Millionen beibehalten hatte, arbeitete schon seit Jahren unrentabel. Der Aufsichtsrat, der schon im Herbst 1927 Sanierungsabsichten verfolgte, hat durch seine Schwäche gegenüber den Großaktionären wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Durch die Aufgabe der Waffen- und Munitionsfabrikation und die notwendige Umstellung der Betriebe auf die Produktion von Webmaschinen, fernmechanischen Massenartikeln und Metallwaren war schon wegen der Abschreibungen auf die Anlagen eine Zusammenlegung des Kapitals gegeben. Wenn also die Gesellschaft, die bei normaler Ausnutzung ihrer Betriebe etwa 9000 bis 10 000 Mann beschäftigt, auch in der Hochkonjunktur 1927 unrentabel gearbeitet hat, so hat sie sich das selbst zuzuschreiben.

Die Zeichnung der Preußenanleihe über 50 Millionen Mark verkauft nach den bisher vorliegenden Zwischenmeldungen sehr befriedigend. Vor der Hand komme ein vorzeitiger Zeichnungsabschluß aber noch nicht in Frage.

Der Brief eines Verurteilten.

Von Fr. Koch.

Der 1. Staatsanwalt Dr. H. Köhler war vier Jahre — von 1923 bis 1927 — Oberdirektor der größten schlossartigen Strafanstalt Born und lebt jetzt einen Rand Nordens: „Auf der Spur der Gerechtigkeit — Wahrnehmungen und Erwägungen aus der Kriminalistischen Praxis“ erschienen.

Ich war ein zwanzigjähriger Photographengehilfe und ein armer Mensch. Ich habe lange darüber nachgedacht, wie ich mich aus meiner Armut und meinem Elend befreien könnte. Das Reich tum darin besteht, über recht viel Geld zu verfügen, darüber beehrte mich das tägliche Leben. Und da ich zu photographieren und zu zeichnen verstand, kam mir eines Tages der Gedanke, daß ich mit kleinem Geld machen könnte.

Ich richtete mir also die nötigen Sachen ein, um Banknoten fabrizieren zu können und versuchte es, aber man kam mir darauf, und ich wurde den Gerichten übergeben. Ich wußte, daß ich etwas Unersauberes tat, aber ich beurteilte meine Handlungsweise von dem Standpunkte aus, ob ich jemandem dadurch einen Schaden zufügte. Und da ich damals dachte, daß sich der Staat auch nach seinem Belieben Banknoten erzeugen könne und ich keinerlei Ahnung von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Zahlungsmittel und ihrem notwendigen Schutze hatte, war ich der Meinung, daß ich dadurch niemandem schädige, wenn ich ein bißchen Papiergeld nachhabe.

Erst in der Untersuchungsstube wurde mir die Sache ganz klar, und ich bekam die Gewißheit, daß ich etwas Strafbares begangen hatte. Doch der Richter besaß sich damit, die Beweisführung gegen mich fertigzustellen, er erkundigte sich ausführlich nach den Mitteln und die Art, wie ich die Durchführung meines Planes vorbereitet hatte, und ehe ich ihm meine Meinung auseinandersetzen konnte, war ich schon im Besitze der Anklageschrift, und bald danach stand ich bereits vor den Geschworenen.

Es war mein einziger Wunsch, den Geschworenen zu erklären, wie ich zu meiner Tat durch eine, ich möchte sagen geradezu kindliche Anschauung gedrängt wurde. Doch mein Verteidiger, den mir das Gericht beistellte, sagte mir von allem Anfang an: Sprechen Sie nichts Ueberflüssiges, antworten Sie nur kurz auf alle Fragen und nichts mehr. Ich war bestürzt und erwartete gespannt, was jetzt kommen sollte.

Mein Anwalt vertrat von Anfang an den Standpunkt, daß ich schuldlos sei. Er sprach schöne Worte über mich, die mich mit einer Art Stolz erfüllten. Er sprach lobend über meine künstlerischen Talente, er behauptete, daß ich deshalb Banknoten nachgemacht hätte, um in der graphischen Kunst Routine zu bekommen. Das andere Extrem verließ der Staatsanwalt. Wenn mein Verteidiger etwas zu meinen Gunsten vorbrachte, das für mich ein kleines Plus ergab, so widerlegte er dies wieder so, daß für mich daraus ein ungeheures Minus wurde. Führt er eine der beiden für mich einen Zeugen an, um meine Schuld oder Unschuld zu beweisen, dann machte der andere gegen ihn Einwände, um in den Augen der Geschworenen seine Glaubwürdigkeit herabzusetzen.

Wahrheit und Unwahrheit wurden zu Dolchen, die miteinander um das Recht stritten, das abseits lag und zu dem man nicht durchdringen konnte. Diese Dolche aber waren Kräfte, Pfeile und hohle, mit Pathos vorgebrachte Reden.

Anfänglich war ich ganz betroffen von der Art, wie bei Gericht das Recht erkämpft wurde, dann aber begann ich auch wieder an mich zu denken. Der Umstand, daß mein Verteidiger hier öffentlich meine Unschuld verteidigte, nützte mir den Gedanken auf, daß es erlaubt sei, die Tat zu leugnen, und wirkte auf mein Gewissen ein. Ich kam allmählich zur Ueberzeugung, daß meine Tat nicht strafbar sei. Und als ich schließlich doch verurteilt wurde, hatte ich ein Gefühl des Unrechts, und ich empfand einen Haß gegen die Gerichte.

Es dauerte eine hübsch lange Zeit, ehe ich im Kerker wieder zu klaren Gedanken kam. Beshalb muß eine solche Art, das Recht zu erkämpfen, vor Gericht existieren? Beshalb müssen hier zwei Parteien mit solchen Mitteln, welche die Wahrheit verfeinern, um das Recht kämpfen? Vielleicht deshalb, weil die Geschworenen keine Juristen sind, und muß sich daher jede Partei darum bemühen, durch Geschicklichkeit und Gefühle ihre Ueberzeugung für sich zu gewinnen?

Wird dies dann doch nicht der Wahrheit dienen. Ich selber kam ja überhaupt nicht dazu, freimütig zu erklären, wie ich über die Sache dachte. Ich glaube, daß mein Verteidiger sich fürchtete, daß ich ihm nicht seine Position erschwere. Und es erdriete in mir das Gefühl, die Schuld zu geloben, es stumpfte mein Gewissen ab, so daß ich schließlich und endlich selbst keinerlei Gefühl mehr für die Größe meiner Verfehlung hatte. Es erschien mir dies alles um mich herum eher wie eine Theateraufführung als eine Gerichtsverhandlung.

Als man mich zwanzigjährigen in den Schwurgerichtssaal vor so viele Menschen führte, da regte sich in meiner Brust eine Art Stolz darüber, aber als man mich dann von hier wegkoppelte, da empfand ich ein Gefühl der bittersten Enttäuschung.

(Autographische Uebersetzung von J. Reikmann, Prag.)

Edison hat kein Telephon.

Man erklaunt manchmal, wenn man hört, daß irgendein Mensch unserer Zeit noch nie telephoniert hat oder sich kein Telephon hält, weil er diese Erfindung für zu „modern oder hässlich“ hält. Wie merkwürdig klingt dann erst die Nachricht, daß Edison, vielleicht der größte Erfinder aller Zeiten, früher aber das größte technische Genie der Gegenwart, kein Telephon in seinem Hause duldet. Dieser Mann, der das Mikrophon erfunden hat, durch das gerade die Fernsprechmöglichkeiten ungeheuer ausgedehnt und verbessert worden sind, ist auf seinem Wohnsitz, gleich, ob in der Großstadt oder auf seinem Ruheplatz auf dem Lande, nur durch Boten zu erreichen. Grund für diese Abschließung gegenüber den heute doch schon ganz allgemein verwendeten Fernverbindungsrichtungen ist nicht nur die Schwerhörigkeit Edisons, die ja fast schon als Taubheit anzusprechen ist. Der große Erfinder glaubt durch das Telephon in der Ruhe und Abgeschlossenheit seine Fortschertätigkeit gestört zu werden. Er will nur für die Leute arbeiten, die davon einen nützlicheren Gebrauch machen können als er selbst. Sein Ziel ist es nicht, freudvolle Rolle in der Welt zu spielen, sondern für die Welt immer neue und wieder neue Erfindungen zu machen, um die Technik des Lebens, der Lebenshaltung und Lebensausgestaltung mehr und mehr zu verfeinern. Dadurch bekommt der ganze Haushalt Edisons etwas Patriarchalisches, aber auch das ist nicht aus irgendwelchem Snobismus eingerichtet, sondern dank einer natürlichen Einfachheit und Schlichtheit bemüht sich Edison immer, mit den nächstgelegenen Mitteln, die zum Zweck führen, sein Leben so schöpferisch wie nur möglich zu gestalten.

Das Heu im Goldpokal.

Von Erich Gottgetreu (London).

Nicht weniger als vier schöne Autos sah ich heute morgen auf der wundervollen Grünstrecke von Richmond über Windsor nach Ascot im Strohhengraben liegen. Was hat das zu bedeuten?

Das hat zu bedeuten, daß, o welterstatterndes Ereignis, die Londoner Saison wieder mal auf ihrem Höhepunkt angelangt ist. Ein Wunder, daß nicht mehr Wagen im Strohhengraben gelandet sind. Die Benzinschlange, die nach Ascot kroch — kroch, denn man kann da natürlich nicht schnell fahren — hatte tausend und aber tausend Kettenglieder. Nach Amerika ist England heute wohl das größte Autoiland. Im komfortabelsten Zwanzig-Personen-Charabanc fährt man billiger und bequemer als mit der sehr teuren Eisenbahn. Dabei wird die Wohnung „Engländer, kauft englische Autos“ ziemlich strikt befolgt. Von den 17.300 Wagen des ersten Ascot-Tages — es gibt deren vier — waren über zwei Drittel englischer Herstellung, wie eine von der Grasshopper veröffentlichte Statistik lehrt.

Über wie kommen die Wagen in den Graben? Vielleicht im Trubel der Nacht? Denn fast an der Straße liegend gab es als ascotisches Lustort in Great Fosters Hall in Egham den größten und prunkvollsten Ball des Jahres: 2000 Gäste hatte Lady Spencer Churchill eingeladen. Eine Riesenniese wurde als Parkplatz der wartenden Autos eingerichtet, ein großes Zelt, in das per Radio die Musik aus dem Ballsaal geleitet wurde, als Barthele von 500 Chauffeuren.

Von Ascot also erzählen die Journalisten immer, es hätte nur seine modische und gesellschaftliche Bedeutung, die sportliche Wichtigkeit wäre indessen nicht so groß. Es scheint, daß die Herren vor lauter schönen Frauen die schönen Pferde und die breiten Rossen des Volkes nicht sehen. Und es scheint, daß das Gefunfel des großen Siegespreises des Tages, der auf der Brüstung der Königsloge vor aller Augen aufgestellte goldene Pokal, ihre Augen blendet.

Der Preis wird also von Majestät ausgehändigt. Es geschieht so etwas alles mit dem langamen, feierlichen Zeremoniell des Mittelalters, wie überhaupt vieles noch ganz mittelalterlich ist. Bierpännig kommt die allerhöchste Familie aus Windsor, der Sommerresidenz, herüber. Die Herren tragen graue Jolinder. Die Damen „freieren“ hier die Mode des Jahres, ich kann aber leider nicht sagen, womit. Die ganz großen Leute — ich weiß leider nicht, wo die untere Einkommens- und Ahnengrenze liegt — laufen vor der Königsloge herum, besonders engagierter und auf Grund besonderer Karten. Das ist also eine Art Zoo der oberen Fünfhundert.

Zwischen den einzelnen Rennen ziehen sich die oberen Fünfhundert in die Zelte ihrer Klubs zurück. Ich lese „Cavalry Club“, „Army and Navy Club“, „Conservative Club“, „Guards Club“. Nur selten dürfte eines Nichtengländers Fuß diese Zelte oder gar ihre Stammhäuser am Hydepark betreten haben. Diese Zelte haben im Inneren wundervolle Blumengärten, die man zur kurzen Be-

nutzung auf dem Rasen von Ascot aufgebaut und vorher von weit hergeholt hat.

Gegenüber, in Zehntausenden, das Volk. Arbeiter, Angestellte, Kleinbürger. Sie wollen alle miten. Der Bierkonsum ist ungeheuerlich. Es fehlt nur der Vergnügungstrummel des Derby Day. Sonst fehlt nichts. Nicht einmal, soll man das nicht erzählen, die große Schar der „Gelegenheits“-Arbeiter. Um deutlicher zu sein: Keinem würde es einfallen, hinter einen Busch zu gehen. Und den Ascotpächtern fällt es nicht ein, irgendwelche Baracken errichten zu lassen. Und so ist es eine ganze Industrie geworden, an der mindestens hundert letzte Männer und Frauen ein paar Pfennige verdienen, um ein kleines Stückchen Boden herum eine primitive Zellseilwand zu spannen, an den „Eingang“ ein Schild zu heften „Gentlemen“ oder ähnlich. Sollte dem Zustand durch den Bau entsprechender Anstalten ein Ende bereitet werden, würden die „Unternehmer“ bestimmt protestieren.

Während beim Derby, dem demokratischsten aller Sportfeste, vieles ineinander verschwimmt, gibt es hier, nebeneinander, ein Glas-Ascot und ein Volks-Ascot. Das Volks-Ascot ist sehr populär auch deswegen, weil außer auf den Tribünen kein Eintrittsgeld verlangt wird; nur wer im Auto kommt, muß fünf oder zehn Schillinge fürs Parken bezahlen. Zwischen beiden Ascotlagern läuft die Grenze der Renntrale. Von der aristokratischen zur plebejischen Seite hinüber und umgekehrt pendeln eigentlich nur die Reporter, dann die Photographen, die wieder mal einen ganz großen Tag haben, endlich, zum Trost für das verwettete Geld, ein entsehtlich elend aussehender Mann, der ein Plakat mit der Inschrift trägt „Was nützte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nehme doch Schaden an seiner Seele!“

Auf der Rückfahrt zähle ich nun fünf Autos, die im Strohhengraben liegen. Und dann sehe ich in der ungeheuren bunten Prozession noch ein Opfer: vollkommen zusammengebrochen einen jener Männer, die, vor Tag schon dem Sturm von London entronnen, eine Riste oder ein paar Bänke herausgeschleppt, sie als Sitzgelegenheiten und Miniaturausichtstürme vermietet haben, so sich ein paar Coppers verdienen.

Also zusammengebrochen. Heute vielleicht wieder auf den müden Beinen. Bismöglich winkt dem Mann am Ende der Straße das jetzt in Emanten (Middlesex) errichtete, als Wohltätigkeitsinstitution betriebene „Hotel für Tramps“. Vielleicht sieht er, wenn er hunger hat, ein Brot und kommt dafür zwei Monate ins Gefängnis.

Es gibt in diesem grotesken England alles, und alles in der Gegenständlichkeit des Mittelalters. Wissen Sie schon, daß in einem Teile der Stadt London nach einem korporativen Beschluß seit lehtem Sonntag keine Autos mehr an „Schauspieler, Buchmacher und Juden“ vermietet werden sollen?

Mittelalter.
Vielleicht frist Inverfahre, der Ascotfieger, das Heu heut' aus dem Goldpokal.

Die Entwicklung der Rakete.

Von Willy Ley.

In der Presse, der Fachpresse, auf den Diskussionsabenden der technischen Vereine und noch mehr in ganz privaten Zirkeln tobt der Kampf um das Raketenflugzeug, und während die ablehnende Haltung gewisser Gelehrter angesichts der Tatsachen anfängt, langweilig und unfruchtbar zu werden, wird in interessierten Gehirnen bereits weiter gearbeitet. In den wirklichen Fachkreisen — etwa denen, die in dem Raketenantriebswerk des Verlages Hadmeister u. Thal „Die Möglichkeit der Welttraumfahrt“ vereinigt sind — ist man sich längst klar darüber, daß das Raketenflugzeug selbst auch nur etwas Vorübergehendes sein kann, eine Etappe (und vielleicht nicht einmal eine gute) auf dem Wege zur Konstruktion des eigentlichen Raketenraumschiffes, das natürlich auch im irdischen Fernverkehr eine große Rolle spielen wird.

Bei solchen Streitereien, die sich darum drehen, was aus der harmlosen Feuerwerksrakete alles werden soll, ist es immer interessant, sich einmal zu überlegen, wie denn die Rakete überhaupt geworden ist.

Da geht nun allgemein eine fromme Sage, die besagt, die Feuerwerksrakete sei bereits dreitausend Jahre vor unserer Zeitrechnung den Chinesen bekannt gewesen. Weil nun ein Berliner Astronom, H. J. Gramsch, im Verfolg leidlich logischer Gedanken auf die absurde Idee gekommen ist, die Chinesen seien eigentlich die Marsbewohner, die ihrem sterbenden Planeten entflohen sind, so habe ich sogar schon gehört, daß denen natürlich auch das Raketenraumschiff bekannt gewesen sei. Gegenüber derartigen Phantasieereien muß nachdrücklich betont werden, daß noch nicht einmal das Fünftausend-jährskalter der Rakete erwiesen ist. Zum erstenmal taucht dieser Feuerwerkskörper für unser heutiges Wissen im Orient auf, und zwar etwa 900 v. Chr. Bald erlangte er aber schon größere Bedeutung.

Der Italiener Muratori beschrieb 1379 als erster Abendländer eine Rakete, und dadurch, daß dieser erste Beschreiber ein Italiener war, hat sie ja ihren Namen bekommen, den man allgemein vom Wort „rochetto“, Spindel oder Röhren, ableitet. Anno Domini 1405 folgt die erste Erwähnung in Deutschland durch den gelehrten Konrad Kyejer von Eichstätt. Fünfsieben Jahre später gibt de Montana schon allerlei Ratschläge zur kriegerischen Verwertung.

Es ist nun nicht ganz sicher, ob diese Idee vom Abendlande nach dem Orient gelangt ist oder umgekehrt, jedenfalls erlebten die Engländer gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts böse Uebertragungen durch die Brandraketen des indischen Fürsten Tipu Sahib, der das von seinem Vater Haibar-All vorbereitete Raketenkorps sorgfältig weiter ausgebildet hatte. Natürlich wurden daraufhin in England sofort auch Brandraketen konstruiert — der Erfinder war der General William Congreve —, die 1806 gegen Boulogne und 1807 gegen Kopenhagen erfolgreich losgeschlagen wurden. Die Gegenseite aber war nicht mäßig, der dänische Hauptmann Schumacher erlangte die Geschohrakete, und nun gingen die meisten europäischen Staaten dazu über, ihren Armeen die neue Waffe einzufriedern.

Inzwischen hatte sich aber eine andere Entwicklung noch ange-

bahnt. Kein Geringerer als der Entdecker des Gravitationsgesetzes, Isaac Newton, war es, der als erster aussprach, daß man die Kraft der Rakete auch als Motor für Fahrzeuge ausnützen könne, die sich sogar im leeren Raum bewegen würden. Auf Grund dieser Anregung konstruierte dann der Holländer s'Gravesande einen Wagen, der sich durch den Rückstoß ausströmenden Wasserdampfes bewegen sollte. Natürlich war die Kraft für den ungefügen Wagen zu schwach, weshalb weitere Versuche unterließen.

In England kam dann jemand auf den Gedanken, mit der Rakete, die ja an und für sich meistens fliegt, nicht einen Wagen, sondern ein Flugzeug zu tragen. Der Erfinder Charles Goulightly nahm sogar ein Patent auf diese Idee (1841), über die wir leider nichts weiter wissen, als uns ein Spottbild besagt, das damals angefertigt wurde und die Unterschrift trägt „Dampfperd, mit dem man in einer Stunde von Paris nach St. Petersburg reiten kann“. Danach scheint es, als wenn auch Goulightly an Dampftrieb gedacht hat, wenn das Spottbild nur einigermaßen zutrifft, war sein Entwurf sogar um manches besser als gewisse heutige Raketenflugzeug-„Erfindung“, die den Apparat erbarmungslos mit Tragflächen, die bei dem hohen Luftwiderstand doch nur Laster machen, belasten will.

In Deutschland keimte damals das Raumschiff, und zwar im Gehirn Hermann Ganswindts, der sich ja im allgemeinen als guter technischer Prophet erwiesen hat, z. B. als er vor dem Kriege sagte, der Zeppelin werde erst dann verwendbar sein, wenn er dreimal so groß sei, und auch erst kürzlich, als er voraussagte, daß der Raketentor die Erwartungen, die man auf ihn setzte, nicht erfüllen würde. Ganswindts Pläne mußten natürlich damals noch allgemeinen Widerstand finden, und sie waren auch so, daß eine praktische Durchführbarkeit ausgeschlossen erscheint, was für den Erfinder kein schwerer Vorwurf sein soll.

Was man in Zukunft alles werden wird, läßt sich mit wenigen Worten nicht schildern, außer dem Raketenflugzeug und dem Raumschiff wird wohl, wenn man den Gerüchten aus Amerika Glauben schenken darf, im Goddardschen Raketenorpedo die Kriegsrakete ihre Aufseherung feiern. Als Hilfsmittel gedent man keine Apparate in der Sogelstiegerei zu verwenden — sie sollen den umständlichen Abstieg mit dem Katapult ersetzen — und Wasserflugzeugen, die oft schwer von der Wasseroberfläche abkommen, zu einem leichteren Start zu verhelfen.

Das Heer der Erfinder. Nach der vom Reichspatentamt herausgegebenen Statistik stieg die Zahl der Patentanmeldungen von 64.000 im Jahre 1926 auf 68.000 im Jahre 1927, von denen 13.200 Patente tatsächlich erteilt wurden. In diesen Patenten ist das Inland mit 81 Proz., das Ausland mit 19 Proz. beteiligt. Seit dem Bestehen des Reichspatentamtes, d. h. seit 1877, wurden über 1.407.000 Patentanmeldungen eingereicht und 455.000 Patente erteilt. In Gebrauchsmusteranmeldungen gingen 1927 ein 63.700, von denen 41.100 eingetragen wurden. Die entstehenden Zahlen für Warenzeichen sind 2.600 und 17.000.

